

tische Ungleichheit, die fast bis zur politischen Rechtlosigkeit der Arbeiter gesteigert wird? Die Kammer für Landwirtschaft, die im Jahre 1887 den Entwurf der heutigen Landgemeindeordnung begutachtete, sagte darüber:

Die Kammer muß das größte Gewicht darauf legen, der Gefahr vorgebeugt zu sehen, daß diese ländlichen Kommunalverwaltungen der Schauplatz politischer oder sozialer Bestrebungen und Agitationen werden, im entschiedenen Widerspruche gegen ihren Zweck und vielleicht zum schweren Schaden für diejenigen Gemeindegossen, welche den überwiegend größten Teil der Gemeindelasten zu tragen haben.

Diese Gründe, die hier schriftlich in dem Gutachten der Kammer niedergelegt sind, werden fast von allen Gegnern des gleichen Wahlrechts angeführt, und man kann annehmen, daß Senat und Bürgerschaft sich ebenfalls davon haben leiten lassen, als sie dem damals vorliegenden Gesetzentwurfe zustimmten. Aus diesen Gründen spricht zunächst deutlich genug die Angst vor dem Vordringen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Die Bemerkung in dem Gutachten, daß diese ländlichen Kommunalverwaltungen nicht der Schauplatz politischer und sozialer Bestrebungen und Agitationen werden sollen, klingt sehr romantisch und kann bei naiven Menschen den Eindruck erwecken, als ob die Vertreter der unteren Klassen in den Gemeindeverwaltungen allen wilden Leidenschaften die Zügel schießen ließen und sich nicht an positiver Arbeit beteiligten, sondern nur unfruchtbare Kritik trieben. Nach den Aufzeichnungen des ehemaligen Reichskanzlers Fürst Hohenlohe soll doch selbst Kaiser Wilhelm II. sich in bezug auf die Sozialdemokratie in dem Berliner Stadtverordnetenkollegium wie folgt ausgesprochen haben:

Man werde es in Berlin noch so weit bringen, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit haben würden, dann würden diese die Bürger plündern; ihm sei dies gleichgültig, er werde Schießscharten in das Schloß machen lassen und zusehen, wie geplündert werde. Dann würden ihn die Bürger schon um Hilfe anflehen.

Aus diesen Äußerungen spricht so viel Unkenntnis über das eigentliche Wirken der sozialdemokratischen Vertreter in den

Gemeindeverwaltungen, daß man den Kaiser nur um seine Informatoren und Ratgeber bedauern kann. Aber nicht nur der Kaiser, sondern auch bürgerliche Gelehrte huldigen dieser Anschauung.

Ich könnte nun gegenüber dieser durchaus irrigen Auffassung Dutzende von Urteilen bürgerlicher Sozialpolitiker, von Sachkennern, die mit den Sozialdemokraten jahrelang in der Gemeinde gearbeitet haben, gegenüberstellen, ich will jedoch davon absehen.

Übereinstimmend wird den sozialdemokratischen Gemeindevertretern das Zeugnis erteilt, daß sie der Gemeindevertretung sehr gut anstehen, daß sie ein Element des Fortschritts darstellen, das häufig äußerst wohltätig wirkt, und daß sie praktisch mitarbeiten an den Gemeindeangelegenheiten.

Mit diesen Worten wurde von einem Berichterstatter über die württembergischen Gemeindeverhältnisse an den Magdeburger Vereinstag für Sozialpolitik¹ berichtet und ohne uns selbst zu erheben, brauchen wir doch nur die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in der Bürgerschaft Revue passieren zu lassen. Da müssen Sie zugeben, daß der württembergische Berichterstatter recht hat. Wenn diese allgemein nützliche Tätigkeit nicht noch mehr zur Geltung kommt, dann liegt das wahrhaftig nicht an den sozialdemokratischen Vertretern, sondern nur an der sozialpolitischen Rückständigkeit der bürgerlichen Vertreter. Also anstatt zu einer „Gefahr“ zu werden, wie es die Landwirtschaftskammer behauptet, würde ein vermehrtes Eindringen der sozialdemokratischen Vertreter in die Gemeindeverwaltungen zu einem eminenten Vorteil für die Allgemeinheit werden. Allerdings den Sonderinteressen der Besitzenden, der Bereicherung der Besitzenden durch die Gemeinde auf Kosten der Besitzlosen würden die Sozialdemokraten einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Insofern hat die Landwirtschaftskammer mit ihren Befürchtungen nicht ganz unrecht. Aber soll nach dieser Auffassung die Gemeindeordnung zugeschnitten werden? Wenn wirklich der überwiegende Teil der Gemeindelasten von den Großgrundbesitzern getragen wird,

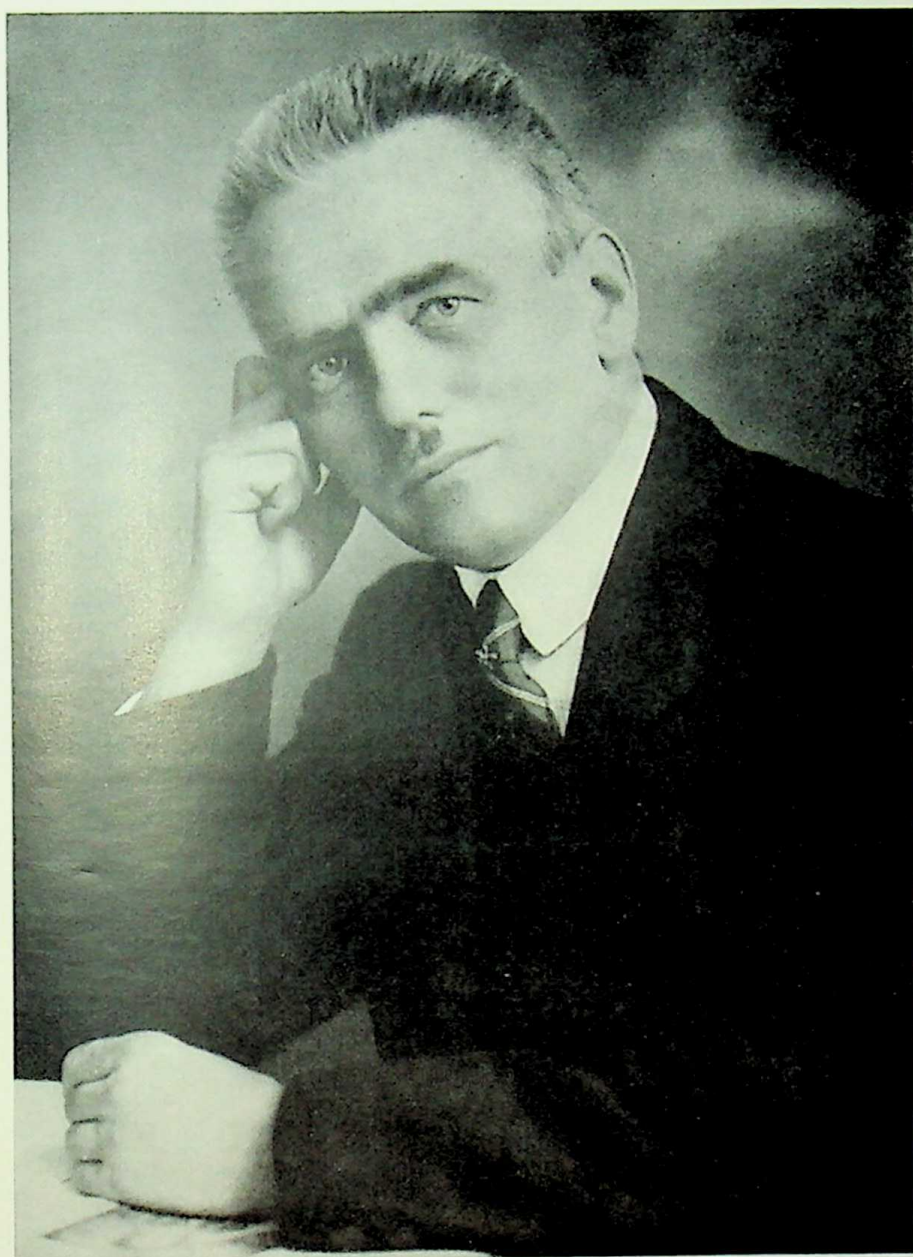
¹ Gemeint ist eine Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ im Jahre 1907 in Magdeburg. *Die Red.*

was in manchen Gemeinden zutreffen mag, so ist das doch keineswegs das persönliche Verdienst dieser Gemeindeangehörigen, denn sie sind meistens völlig „unschuldig“ an ihrem großen Grundbesitz. Aber es ist noch sehr die Frage, ob allgemein die Wahlberechtigten zur ersten Klasse den größeren Teil der Gemeindelasten tragen. Was heißt denn ein Besitz von 3 Hektar Land? Welchen Reinertrag werfen zum Beispiel 3 Hektar Ackerland oder Weide- oder Wiesenland ab, und wie gering muß der Steuerbetrag sein, der auf Grund dieses Reinertrags mit $2\frac{1}{2}$ Prozent geleistet wird? Nehmen Sie zum Beispiel einen Bauern an, der über 3 Hektar Ackerland verfügt, dessen Ertrag je Ar durchschnittlich auf 69 Pfennig festgesetzt ist. Das wären 300 mal 69 Pfennig gleich 207 Mark Reinertrag, davon $2\frac{1}{2}$ Prozent Steuer, sind 5,18 Mark. Er ist damit aber Wähler erster Klasse. Wie ist es aber mit einer Arbeiterfamilie mit drei erwachsenen Söhnen? Bei einer Wohnung von 300 Mark Miete muß sie an Mietssteuer bezahlen: das Familienoberhaupt 3 mal 2 Mark gleich 6 Mark und jeder der drei Söhne 3 Mark gleich 9 Mark. Also diese Familie bezahlt zusammen 15 Mark. Danach bezahlt eine Arbeiterfamilie mit vier erwachsenen männlichen Personen mehr Grundsteuern als der Großgrundbesitzer.¹ Dennoch hat der Großgrundbesitzer ein zehn- bis vierzehnmal größeres Wahlrecht als der Arbeiter, welcher zur zweiten Klasse wählt. Aber abgesehen vom Einzelfall ist es durchaus fragwürdig, ob in den Gemeinden, wo das minderwertige Land vorherrschend und in denen eine große Arbeiterschaft vorhanden ist, der gesamte Steuerbetrag der Wahlberechtigten erster Klasse nicht geringer ist, als der der Wahlberechtigten zweiter Klasse. Eine dementsprechende Aufstellung würde jedenfalls recht interessante Resultate ergeben, insbesondere in den Gemeinden Oslebshausen, Grambke, Arsten, Habenhausen, Neuenland, Rablinghausen und Seehausen. Im übrigen haben die Grundbesitzer genügend Möglichkeiten, ihr wahres

¹ Ich habe den Ausdruck Großgrundbesitzer nicht in dem Sinne aufgefaßt, wie man etwa von den preußischen Junkern als Großgrundbesitzern spricht, sondern ich habe den Ausdruck nur in dem Sinne gebraucht, um zu unterscheiden zwischen den Leuten, die mindestens 3 Hektar Land haben und den übrigen Wählern. (Wilhelm Pieck in der Bremer Bürgerschaft am 8. Dezember 1909.) *Die Red.*

Einkommen zu verschleiern, und sie machen davon auch reichlich Gebrauch, um sich der Steuer zu entziehen. Trotzdem hat man diesen Leuten ein überaus weitgehendes Vorrecht in der Gemeinde durch das Gesetz eingeräumt, weil, wie Herr Senator Dr. Gröning am 16. Mai 1888 in der Bürgerschaft ausführte, es nicht wünschenswert sei, daß das eigentliche Hauptelement der ersten Klasse, die größeren Grundeigentümer, die eigentlichen großen Bauern, sozusagen das konservative Element in der Gemeinde, von den Besitzern größerer Häuser gänzlich überstimmt würden.

Worauf es mir ankommt, ist, daß Herr Senator Gröning diese Großgrundbesitzer als das konservative Element in der Gemeinde bezeichnet hat. Wir als Volksvertreter eines angeblich liberalen Staates müssen aber das größte Interesse daran haben, die fortschrittlichen Elemente zu unterstützen, statt die konservativen ausschlaggebend zu machen. Es ist auch eine vollkommene Verkennung der Bedeutung der Gemeinde, wenn man glaubt, daß sie vorwiegend wirtschaftlichen Zwecken zu dienen habe. Auf geistigem und sozialem Gebiete haben die Gemeinden eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, bei denen sie die Mitarbeit der Arbeiterklasse gar nicht mehr entbehren können. Wer deshalb Gesetze schafft oder zu erhalten bestrebt ist, die die Arbeiter hindern, gebührenden Einfluß auf die Gemeindeverwaltung auszuüben, der schädigt das Gemeinwohl, hemmt die Entwicklung der Gemeinde. Das heute geltende Wahlgesetz zu den Gemeindeausschüssen hindert aber die Arbeiter, einen ihrer Zahl entsprechenden Einfluß in der Gemeinde auszuüben. Eine Revision der Landgemeindeordnung muß den Arbeitern einen größeren Einfluß gewähren gegenüber dem reaktionären Verhalten der Großgrundbesitzer. Das ist dringend notwendig im Interesse einer gesunden Entwicklung der Landgemeinden. Es klingt fast wie ein Hohn, wenn in der Begründung zur Einführung des geltenden Wahlgesetzes vom Kreisausschuß im Jahre 1887 gesagt wird, daß mit dieser Einführung des Wahlgesetzes eine geregelte Mitwirkung der Angehörigen an der Gemeindeverwaltung geschaffen werden soll, und wenn weiter hingewiesen wird auf die bis dahin bestehende Einrichtung der Gemeindeversammlung, in der die Vollbauern je 24, die Halbbauern je 12, die Kätner je 4 bis 6, kleine Eigentümer je 2 und die Mieter je 1 Stimme hatten.



Wilhelm Pieck im Jahre 1911

Es ist mir leider nicht möglich gewesen, von allen Gemeindevorstehern Mitteilungen über die Zahl der Wahlberechtigten erster und zweiter Klasse zu den Gemeindeausschußwahlen zu erhalten. Ich bin deshalb auf die Listen zur Kreistagswahl angewiesen. Danach sind im Landgebiet 760 Wähler der ersten und 3104 Wähler der zweiten Klasse. Wenn nun auch diese Zahlen nicht völlig zutreffen für die Gemeindeausschußwahlen, so geben sie doch einen Anhaltspunkt für die ungeheure Bevorrechtung der Großgrundbesitzer. Nach diesen Zahlen stellt die erste Klasse nur 19,7 Prozent der Wahlberechtigten, wählt aber die Hälfte der Gemeindeausschußmitglieder. Aber diese Gesamtzahlen geben noch ein viel zu günstiges Bild von der Entrechtung der Arbeiter. In den Gemeinden Borgfeld und Büren gehören zur ersten Klasse 38 Prozent aller Wahlberechtigten, diese wählen aber nicht nur die Hälfte, sondern sogar zwei Drittel der Mitglieder des Gemeindeausschusses, weil, wie die Deputation für die Revision der Landgemeindeordnung im Jahre 1884 berichtet, die für die übrigen Gemeinden aufgestellte Regel ihnen für die Wähler der ersten Klasse zu nachteilig sein würde. Jedoch die Gesetzesmacher dieser Landgemeindeordnung können auch „demokratischen“ Prinzipien huldigen, wenn nämlich, wie es für die Gemeinde Blockland zutrifft, die Wähler der ersten Klasse 80 Prozent ausmachen. Für diese Gemeinde enthält die Landgemeindeordnung das gleiche Wahlrecht, dort wird nach Köpfen gewählt; die Wähler der zweiten Klasse haben also das gleiche Stimmrecht wie die der ersten Klasse. Sie sehen, wie demokratisch man sein kann, wenn die Zahl der Wähler zweiter Klasse so gering ist im Verhältnis zur Zahl der Wähler erster Klasse, daß sie nie nachteilig für diese werden kann. Ein völliges Bild von der ungeheuren politischen Entrechtung der Arbeiter bekommt man aber erst, wenn man die Verhältnisse der einzelnen Gemeinden einer Prüfung unterzieht. Ich will nur vier Landgemeinden herausgreifen. (Zuruf: „Eine genügt!“) Vier sind besser, da sich dann eine Steigerung ermöglicht. In der Gemeinde Osterholz sind 33 Wähler der ersten und 288 Wähler der zweiten Klasse. Danach haben 10,3 Prozent der Wahlberechtigten den gleichen Einfluß im Gemeindeausschuß wie die übrigen 89,7 Prozent, sie haben also ein $8\frac{1}{2}$ mal so großes Wahlrecht wie letztere.

In der Gemeinde Oslebshausen sind 28 Wähler der ersten und 265 Wähler der zweiten Klasse, da haben also 9,6 Prozent der Wahlberechtigten dasselbe Recht wie 90,4 Prozent derselben, also $9\frac{1}{2}$ mal so großes Wahlrecht wie sie. In Arsten ist es noch ärger. Da sind 28 Wähler der ersten und 300 Wähler der zweiten Klasse, $8\frac{1}{2}$ Prozent der Wahlberechtigten haben also dasselbe Recht wie $91\frac{1}{2}$ Prozent, also ein elfmal so großes Wahlrecht wie die Wähler der zweiten Klasse. Am ärgsten ist es aber in Habenhausen, da sind 15 Wähler der ersten und 201 Wähler der zweiten Klasse. Die Wähler der ersten Klasse, die 6,9 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen, haben also dasselbe Recht wie die 93,1 Prozent der zweiten Klasse, mithin ein nahezu vierzehnmal so großes Wahlrecht wie diese. Dabei muß man noch in Betracht ziehen, daß in den Gemeinden, wo in der zweiten Klasse die Zahl der Mieter der Zahl der Eigentümer überlegen ist, sämtlichen Mietern das Wahlrecht noch einmal um die Hälfte verkürzt wird, sie also nur ein Viertel der Mitglieder in den Gemeindeausschuß zu wählen haben. Weiter ist zu bedenken, daß sogar die Söhne erster Klasse, sofern sie keinen selbständigen Haushalt führen und obgleich sie keinen Pfennig Steuer bezahlen, doch in der zweiten Klasse wahlberechtigt sind und so das Stimmergebnis noch zugunsten der ersten Klasse beeinflussen. Wie kann man die Ungeheuerlichkeit dieser Bevorrechtung der Besitzenden als einen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand bezeichnen? Was früher offen für jedermann erkennbar zutage trat, indem bei der Abstimmung in den Gemeindeversammlungen stets auf die Bevorrechtung der Vollbauern aufmerksam gemacht wurde, das hat man jetzt verschleiert, indem man den Anschein erweckte, als ob der Vollbauer bei den Ausschußwahlen auch nur eine Stimme wie der Mieter habe. Was früher soviel Mißmut erregt hat, das tritt heute nicht mehr offen zutage. Das war wohl der eigentliche Zweck der Änderung.

Der Senat hat 1884 und 1887 so viel Aufhebens davon gemacht, daß mit der Revision der Landgemeindeordnung eine Erweiterung der Selbstverwaltung verbunden sein sollte, trotzdem ist in der ganzen Landgemeindeordnung keine Bestimmung zu finden, die dieses wichtigste Recht einer Gemeinde gewährleistet.

In Wirklichkeit sind bei der letzten Revision der Land-

gemeindeordnung nur die Aufgaben und Pflichten der Gemeinde erweitert, die im § 4 niedergelegt sind. Hier kommen in der Hauptsache Wegesachen, Armenpflege, Schulsachen, Löschwesen und das Gemeindeabgabewesen in Frage. Man hat damals die Gemeinden vergrößert, damit sie diesen Aufgaben gerecht werden könnten. Leider hat man auf Drängen der Bauern trotzdem Gemeinden geschaffen oder erhalten, die diesen Aufgaben nicht gewachsen sind. Es ist deshalb zu prüfen, ob nicht eine weitere Zusammenlegung der Gemeinden unter den heutigen Verhältnissen erforderlich ist. Die Gründe, die früher dagegen geltend gemacht wurden, sind heute im Zeichen des Telefons nicht mehr stichhaltig. Aus den jetzigen 15 Landgemeinden könnten vielleicht 8 geschaffen werden, indem Osterholz und Oberneuland-Rockwinkel, ferner Grambke mit Büren, Arsten mit Habenhausen, Rablinghausen mit Seehausen und Strom zusammengelegt würden. Es ist auch ferner zu prüfen, ob nicht die Gemeinden Oslebshausen und Neuenland der Stadt anzuschließen sind. Neben der Zusammenlegung einzelner Gemeinden wäre die Vereinigung zu einem Zweckverbände zu prüfen, um dadurch die Aufbringung der Mittel für die gemeinnützigen Aufwendungen der Gemeinden gleichmäßiger zu verteilen. Wir fordern auch, daß der Staat die Lasten übernimmt, die das Schul- und Armenwesen verursacht. Auch die Aufbringung der Kosten für den Wegebau und für das Sanitätswesen sind durch Staatszuschüsse zu erleichtern. Für die Gemeinden bleiben außerdem noch genügend Aufgaben, für deren Kosten sie aufzukommen haben, für das Feuerlöschwesen, für die Entschädigung der Gemeindebeamten, für den Bau von Arbeiterwohnungen usw. In bezug auf letztere Aufgabe ist hervorzuheben, daß die Abhängigkeit der Arbeiter von den Wohnungen der Großbauern vielfach zur Kalamität geworden ist, indem die Mieter sich sogar zu Hörigendiensten verpflichten müssen, so daß einzelne Gemeinden unbedingt Arbeiterwohnungen einrichten müssen. Andererseits muß eine Aufgabe, die staatlicherseits den Gemeindevorstehern übertragen worden ist, der Gemeinde übertragen werden, das ist die Ortspolizei. Nach § 93 ist die Gemeinde verpflichtet, für die Kosten der Polizeiverwaltung, für die Bezahlung der erforderlichen Beamten aufzukommen, aber über die Handhabung

der Polizeigeschäfte hat die Gemeinde nichts zu sagen. Da entscheidet allein der Landherr. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand, der dringend zu verbessern ist. Auch die Aufbringung und Verteilung der Gemeindelasten, die in § 69 vorgesehen ist, bedarf der Abänderung. Ich habe den heutigen Zustand schon bei der Erörterung des Wahlrechts geschildert, kann also hier von Einzelheiten absehen. Wir wollen nicht, daß die Steuerleistung berechnet wird nach der Größe des Grundstücks oder dem Kapitalwert des Gebäudes, vor allem aber nicht nach der Höhe der zu zahlenden Miete, sondern nach der Höhe des Einkommens. Die Gemeindeabgabe soll in der Form von Zuschlägen zur staatlichen Einkommensteuer erhoben werden. Mit der heutigen staatlichen Einkommensteuer sind wir allerdings nicht einverstanden, weil die unteren Klassen im Verhältnis zu den Besitzenden viel zu stark belastet werden, aber immerhin würde die Erhebung der Gemeindeabgaben, wenn sie nach der staatlichen Einkommensteuer zugeschnitten und progressiver gestaltet würde, eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustande sein.

Dann muß auch der § 72 aus der Landgemeindeordnung entfernt werden, in dem festgesetzt ist, daß der Kreisausschuß das Bestätigungsrecht über die beschlossenen Gemeindeabgaben hat. Auch der § 75 muß einer Änderung unterzogen werden, denn es ist nicht einzusehen, warum von den Gemeindeabgaben befreit sein sollen die im Landgebiet wohnenden Landjäger und die erwachsenen Söhne der Bauern, sofern sie in Kost und Lohn bei ihrem Vater stehen. Außerdem haben noch einige Pastoren und Lehrer das Privilegium der Steuerfreiheit, die nach 21 Jahren dieses Privilegium wohl aufgeben könnten.

So habe ich Ihnen eine ganze Reihe von Gründen genannt, die dringend dafür sprechen, daß eine Revision der Landgemeindeordnung vorgenommen wird. Ich bin absichtlich nicht auf Einzelheiten eingegangen, aber ich hoffe, daß Sie den Antrag annehmen, so daß die Einzelheiten besser in der Deputation beraten werden können. Ich kann Ihnen nachweisen, daß Paragraph für Paragraph Änderungen notwendig sind. Ich habe nur einige davon erwähnt: Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, Selbstverwaltung der Gemeinden, Zusammenlegung von Ge-

meinden, Schaffung eines Zweckverbandes, staatliche Übernahme der Lasten für Schule und Armenwesen, staatliche Zuschüsse für Wege und Sanitätswesen, Handhabung der Geschäfte der Ortspolizei durch die Gemeinden usw.

Die jetzige Landgemeindeordnung besteht seit 1888, das ist eine Zeitspanne von 21 Jahren. In dieser Zeit haben Teile des bremischen Landgebiets eine enorme Bevölkerungszunahme gefunden und damit sind ihre Aufgaben gewachsen. Diese Veränderungen dürfen wir nicht unbeachtet lassen. Wir dürfen uns dabei nicht von Rücksichten auf die kleine Zahl großer Bauern leiten lassen, deren Interessen den Interessen der Gemeinden entgegenstehen. Wir sollen nicht die Interessen einer kleinen Gruppe Besitzender, sondern die Interessen der Allgemeinheit unterstützen. Herr Fitger sagte heute abend: Wenn wir einsehen, daß eine Verfassungsänderung im Interesse der Gesamtheit liegt, dann sollen wir dafür eintreten. Die Gesamtheit ist die Arbeiterschaft, in ihrem Interesse liegt eine Revision der Landgemeindeordnung in dem von mir angeregten Sinne. Ich hoffe deshalb, daß Sie meinem Antrage zustimmen. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)¹

„Stenographische Aufzeichnungen der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft“, 1909.

¹ Der Antrag Wilhelm Piecks wurde abgelehnt. Die Red.

The first thing I noticed when I stepped out of the car was the cold, crisp air. It was a relief after the warm, humid weather of the city. I walked towards the entrance of the building, my eyes scanning the architecture. The building was a grand, multi-story structure with a classical facade. The entrance was flanked by two large columns, and a set of stairs led up to a portico. I hesitated for a moment, looking at the entrance with a mix of curiosity and apprehension. This was the first time I was visiting this place, and I felt a sense of anticipation. I took a deep breath and walked up the stairs. The portico was open to the sky, and I could see the city in the distance. The view was breathtaking, and I felt a sense of awe. I turned around, looking back at the entrance. The building seemed to be watching me, and I felt a sense of being observed. I walked back down the stairs and entered the building. The interior was a vast, open space with a high ceiling. The walls were made of dark wood, and the floor was polished to a shine. In the center of the room was a large, ornate chandelier. I walked towards the chandelier, my eyes drawn to its intricate details. The chandelier was a masterpiece of craftsmanship, with many small lights and a complex design. I reached out and touched one of the lights, feeling a sense of wonder. The chandelier was not just a light source; it was a work of art. I looked around the room, taking in the details of the architecture. The walls were covered in murals, and the ceiling was decorated with intricate carvings. The room was a masterpiece of design, and I felt a sense of awe. I walked towards the back of the room, where a large, ornate fireplace stood. The fireplace was made of dark wood and had a large, arched opening. I reached out and touched the wood, feeling a sense of warmth. The fireplace was not just a source of heat; it was a focal point of the room. I looked at the fireplace with a sense of admiration. The room was a masterpiece of design, and I felt a sense of awe. I walked towards the front of the room, where a large, ornate desk stood. The desk was made of dark wood and had a large, flat top. I reached out and touched the wood, feeling a sense of warmth. The desk was not just a place to work; it was a symbol of power. I looked at the desk with a sense of admiration. The room was a masterpiece of design, and I felt a sense of awe. I walked towards the back of the room, where a large, ornate fireplace stood. The fireplace was made of dark wood and had a large, arched opening. I reached out and touched the wood, feeling a sense of warmth. The fireplace was not just a source of heat; it was a focal point of the room. I looked at the fireplace with a sense of admiration. The room was a masterpiece of design, and I felt a sense of awe. I walked towards the front of the room, where a large, ornate desk stood. The desk was made of dark wood and had a large, flat top. I reached out and touched the wood, feeling a sense of warmth. The desk was not just a place to work; it was a symbol of power. I looked at the desk with a sense of admiration. The room was a masterpiece of design, and I felt a sense of awe.

Reden im
Preußischen Landtag,
Deutschen Reichstag,
in der
Berliner Stadtverordnetenversammlung
und im
Preußischen Staatsrat
(1921-1933)

Verordnungen
in der
Preussischen Provinz
Pommern
1901-1902

Hintergründe der Verschlechterung der Geschäftsordnung im Preußischen Landtag

Aus Reden im Preußischen Landtag¹

I

22. November 1921

Meine Damen und Herren! Nachdem sich die Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen und der Volkspartei zur Mundtotmachung der Kommunisten verbündet hat — denn ihr (Zu den Sozialdemokraten.) seid es, die die Anträge mit unterstützt und gestellt habt, die im § 59 der Geschäftsordnung stehen^[2] —, nehme ich an, daß das Haus im Sinne der Vorschläge des Ältestenrats beschließen wird.

¹ In den preußischen Gefängnissen schmachteten Tausende proletarischer Klassenkämpfer, die sich an der Abwehr des Kapp-Putsches und anderer konterrevolutionärer Anschläge beteiligt hatten. Ihre Frauen und Kinder erhielten keine Unterstützung. Die Kapp-Putschisten und andere Konterrevolutionäre liefen frei umher.

Aus Protest gegen diese Schmach traten 130 politische Gefangene der Strafanstalt Lichtenburg (Mitteldeutschland) am 13. November 1921 in den Hungerstreik. Als nach einer Woche die Arbeiterschaft davon erfuhr, wurden in vielen Betrieben inner- und außerhalb Berlins Delegationen gebildet, die beim Reichsjustizminister Radbruch (SPD) die sofortige Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen forderten. Radbruch weigerte sich. Ein Antrag der Kommunisten im Reichstage, der die Freilassung forderte, wurde von den andern Parteien — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — abgelehnt.

Auch im Preußischen Landtage hatten die Kommunisten einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Vertreter aller anderen Parteien lehnten ihn nicht nur ab, sondern beschimpften und verhöhnten die revolutionären Kämpfer obendrein. Die Kommunisten beantworteten diese Schamlosigkeit mit demonstrativem Protest. Die Sitzung wurde schließlich unter großem Tumult abgebrochen.

Diese Vorgänge wurden im Landtage zum Vorwand genommen, um die Geschäftsordnung wesentlich zu verschärfen. *Die Red.*

Ich gestehe, daß ich im Ältestenrat gesagt habe, daß es uns Kommunisten nur erwünscht sein kann, wenn Sie zu der Erregung der Massen, die Sie durch Ihr Verhalten in der Hungerstreikfrage hervorgerufen haben, noch die Erregung hinzufügen, die durch die klar bestehende Absicht hervorgerufen wird, die Kommunisten wegen ihrer energischen Vertretung der proletarischen Interessen im Parlament mundtot zu machen. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten. — Unruhe und Zurufe.) Ich gestehe Ihnen offen: Ich habe mich nie danach geseht, hier vor Ihnen zu reden, ich erblicke eine viel nützlichere Ausübung meines parlamentarischen Mandats in meiner Tätigkeit außerhalb dieses Hauses, um den Massen klarzumachen, wie sie hier betrogen und belogen werden. Wenn wir uns aber jetzt dagegen wehren, daß dieser Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird, so können Sie daraus ersehen, daß es nichts anderes ist als Schwindel, wenn gesagt wird, wir wollten nur immer „unser Parteisüppchen kochen“. Denn unser Parteisüppchen werden wir an dieser Verschlechterung der Geschäftsordnung kochen. Unser Parteisüppchen ist gleich den Interessen des revolutionären Proletariats, sie sind es, um die wir uns bemühen. Wir wollen die revolutionäre Energie des Proletariats wecken und verstärken.

Sie werden, wenn Sie beschließen, heute die Geschäftsordnungsverschlechterung durchzupeitschen, zwar einen vollen Sieg in diesem Hause erreichen; aber der Sieg wird doch letzten Endes auf unserer Seite sein. Wir sind erfreut darüber, mit welcher Offenheit Sie dokumentieren, daß Sie die revolutionären Arbeiter im Parlament nicht hören wollen.

II

22. November 1921

In diesem Paragraphen ist bereits durch Fettdruck eine Bestimmung hervorgehoben, die sich auf den § 59 bezieht, den wir mit Recht als einen Strangulierungsparagraphen bezeichnen, mit dem man es den Kommunisten unmöglich machen will, mit der

Energie, die der Klassenkampf des Proletariats erfordert, auch hier im Parlament die Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Wenn gesagt worden ist, daß man die neue Geschäftsordnung schaffen müsse, um sie in Übereinstimmung mit der Verfassung zu bringen, so sagen wir, daß man darüber hinaus beabsichtigt, durch die Geschäftsordnung einen Verfassungsbruch zu begehen. Denn, meine Herren, wo steht etwas in der Verfassung, daß einem Abgeordneten wegen der Vorgänge, die § 59 behandelt, seine Abgeordnetentätigkeit entzogen werden kann? Es steht zweifellos fest — trotz all der Gutachten, die man krampfhaft herbeigeholt hat —, daß diese Bestimmung im strikten Gegensatz zu der Verfassung steht. Durch die Bestimmung soll einer Minderheit des Volkes, die hier viel zu stark vertreten ist, Gelegenheit geschaffen werden, die Vertreter der Arbeiterschaft, die den revolutionären Klassenkampf wollen, mundtot zu machen. Um nichts anderes handelt es sich. Alles Gerede der Sozialdemokraten ist nichts anderes als der Versuch, die Arbeiter zu düpiieren, die heute noch im Vertrauen auf die Vertreter der Sozialdemokraten ihnen ihre Stimme geben. Sie leisten der Aufklärungsarbeit, der wir uns seit Jahren unterziehen, die beste Unterstützung, wenn Sie in der Weise vorgehen, wie es hier durch die Geschäftsordnung versucht wird. Die Arbeiter draußen haben für die Empfindlichkeiten, die hier zutage treten, kein Verständnis; sie haben vielmehr Verständnis für einen ehrlichen, offenen Ton, den sie mit ihren Gegnern belieben, und sagen klar und unverhüllt ihre Meinung. Sie haben aber kein Verständnis für den verhüllten Volksbetrug, wie er seit Jahrzehnten in den Parlamenten mit aalglatten Worten verübt worden ist. Früher war es die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter, diesen Volksbetrug zu brandmarken; jetzt sind sie Mithelfer am Volksbetrug geworden, jetzt haben sie sich mit den schlimmsten kapitalistischen Parteien verbündet, nur, um in die Regierung eintreten zu können und um sich einige Ministerposten zu verschaffen. Jetzt sind sie die Hüter der kapitalistischen Ordnung geworden. Was heißt Ordnung? Fragen Sie die Deutschnationalen, die es gar nicht für nötig halten, hier im Saale anwesend zu sein. Sie wissen, daß in den sozialdemokratischen Reihen genügend Renegaten

sitzen, die diese Strangulierung an ihren eigenen Klassengenossen vornehmen. (Großer Lärm und Zurufe rechts.)

Diese Herrschaften freuen sich über den Streit, der hier zwischen Arbeitervertretern ausgefochten wird, und die Arbeiter in den Betrieben werden euch die Antwort geben auf diese Störung der sich unter ihnen bildenden Einheitsfront gegen ihre Klassengegner. Ungeheueren Steuerlasten werden den Arbeitern aufgelegt, da der Besitz mit Hilfe der Sozialdemokraten gesichert werden soll und die Erfassung der Sachwerte abgesetzt wird. Die Sozialdemokraten bewahren die Kapitalisten vor einer wirksamen Heranziehung zu den Kriegslasten, sie wollen ihnen im Gegenteil noch Gelegenheit geben, sich von den Steuern zu drücken, indem ihnen der Staat in Form der Zinsen für die Kreditaktion die Steuern erläßt. Das ist die Arbeit der sozialdemokratischen Vertreter, die sie mit dem Sündenfall im August 1914 eingeleitet haben und bei der sie unter die Räder der revolutionären Lokomotive kommen werden, besonders bei ihren Versuchen, in dieser bornierten, kleinlichen Weise uns aus dem Parlament zu entfernen.

Wenn wir zu diesem Paragraphen den Antrag gestellt haben, daß der Präsident des Landtages verpflichtet sein soll, sobald ein Abgeordnetenmandat erlischt, unverzüglich darauf zu drängen, daß der Nachfolger ernannt wird, so entspringt dieser Antrag dem Mißtrauen, daß durch Schiebungen versucht wird, dem Proletariat die Mandate längere Zeit vorzuenthalten, auf die es einen Anspruch hat. Lesen Sie den Bericht des Geschäftsausschusses durch, dort finden Sie an einer Stelle, daß es volle drei Monate gedauert hat, bis ein Mandat der Unabhängigen Partei erneut besetzt werden konnte, weil die Wahlauschüsse es nicht für nötig halten, wegen eines Mandats der Arbeiter zusammenzutreten, um den Nachfolger zu bestimmen. Wir verlangen, daß der Präsident darauf dringt, daß unverzüglich — und das kann binnen einer Woche geschehen — der Nachfolger ernannt wird. Wir bestehen um so mehr darauf, weil wir wissen, mit welchen Infamien oft versucht wird, den Arbeitern die ihnen zustehenden Mandate vorzuenthalten.

Wir haben das größte Mißtrauen gegen die rechte Seite des

Hauses und gegen die Werkzeuge, die sie in den Reihen der sozialdemokratischen Vertretung gefunden hat, die sich mit der Rechten in der Regierung verbündet haben, die die Präsidentensitze der Parlamente einnehmen und dort nichts anderes tun, als die Geschäfte der Kapitalisten und der Großjunker zu besorgen. Diese Sozialdemokraten sind es, die sich bewußt dazu hergeben, die Arbeiter zu täuschen über ihre erbärmliche Rolle, die sie in den Parlamenten und in der Regierung spielen.

Wenn gesagt worden ist, das Auftreten der Kommunisten sei daran schuld, daß von einem Ruhen des Rechts der Parlaments-tätigkeit eines Abgeordneten gesprochen werden kann, so sage ich: Das, was hier von dem Abgeordneten Scholich gesagt worden ist, war bewußt die Unwahrheit. Er wußte, daß es nicht stimmt, daß aus solchen Beweggründen die Strangulierungsparagraphen geschaffen werden müßten. Es ist nichts anderes als eure (Zu den Sozialdemokraten.) Angst vor den Parteien auf der rechten Seite des Hauses, die euch zu der Liebedienerei diesen Parteien gegenüber veranlaßt. Würdet ihr nicht mit den Herrschaften durch dick und dünn gehen, dann würdet ihr keinen Ministerposten bekommen, wäret ihr nicht bündnisfähig, könntet ihr nicht die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten eingehen. Ihr müßt so handeln, ihr müßt die Interessen der Arbeiter verraten, weil ihr sonst nicht mit diesen Herrschaften gemeinsam auf den Ministerbänken sitzen oder den Parlamenten als Präsidenten vorstehen könntet. Es ist die größte Täuschung der Arbeiterklasse, ihr glauben zu machen, daß ihre Rechte gewahrt würden, wenn einer ihrer Vertreter auf dem Präsidentensitz säße. Die Arbeiter wissen nicht, daß man bewußt diese Posten benutzt, um die Arbeiterinteressen zu verschachern gegen Ministerposten. Die Arbeiter wissen nicht, daß auf diesem Posten eine wirksame Vertretung ihrer Interessen nicht möglich ist, solange der Klassenstaat besteht, solange die Diktatur der Bourgeoisie besteht.

Wir wissen doch ganz genau, daß die Gesetzgebungsmaschine, der Staatsapparat, unter dem Zeichen der Demokratie nur benutzt wird, um die nackten Besitzinteressen der Reichen rücksichtslos durchzusetzen. Darüber haben wir Kommunisten uns nie getäuscht, daß die bürgerliche Republik, die Demokratie, eben nur

sitzen, die diese Strangulierung an ihren eigenen Klassengenossen vornehmen. (Großer Lärm und Zurufe rechts.)

Diese Herrschaften freuen sich über den Streit, der hier zwischen Arbeitervertretern ausgefochten wird, und die Arbeiter in den Betrieben werden euch die Antwort geben auf diese Störung der sich unter ihnen bildenden Einheitsfront gegen ihre Klassengegner. Ungeheueren Steuerlasten werden den Arbeitern auferlegt, da der Besitz mit Hilfe der Sozialdemokraten gesichert werden soll und die Erfassung der Sachwerte abgesetzt wird. Die Sozialdemokraten bewahren die Kapitalisten vor einer wirksamen Heranziehung zu den Kriegslasten, sie wollen ihnen im Gegenteil noch Gelegenheit geben, sich von den Steuern zu drücken, indem ihnen der Staat in Form der Zinsen für die Kreditaktion die Steuern erläßt. Das ist die Arbeit der sozialdemokratischen Vertreter, die sie mit dem Sündenfall im August 1914 eingeleitet haben und bei der sie unter die Räder der revolutionären Lokomotive kommen werden, besonders bei ihren Versuchen, in dieser bornierten, kleinlichen Weise uns aus dem Parlament zu entfernen.

Wenn wir zu diesem Paragraphen den Antrag gestellt haben, daß der Präsident des Landtages verpflichtet sein soll, sobald ein Abgeordnetenmandat erlischt, unverzüglich darauf zu drängen, daß der Nachfolger ernannt wird, so entspringt dieser Antrag dem Mißtrauen, daß durch Schiebungen versucht wird, dem Proletariat die Mandate längere Zeit vorzuenthalten, auf die es einen Anspruch hat. Lesen Sie den Bericht des Geschäftsausschusses durch, dort finden Sie an einer Stelle, daß es volle drei Monate gedauert hat, bis ein Mandat der Unabhängigen Partei erneut besetzt werden konnte, weil die Wahlauschüsse es nicht für nötig halten, wegen eines Mandats der Arbeiter zusammenzutreten, um den Nachfolger zu bestimmen. Wir verlangen, daß der Präsident darauf dringt, daß unverzüglich — und das kann binnen einer Woche geschehen — der Nachfolger ernannt wird. Wir bestehen um so mehr darauf, weil wir wissen, mit welchen Infamien oft versucht wird, den Arbeitern die ihnen zustehenden Mandate vorzuenthalten.

Wir haben das größte Mißtrauen gegen die rechte Seite des

Hauses und gegen die Werkzeuge, die sie in den Reihen der sozialdemokratischen Vertretung gefunden hat, die sich mit der Rechten in der Regierung verbündet haben, die die Präsidentensitze der Parlamente einnehmen und dort nichts anderes tun, als die Geschäfte der Kapitalisten und der Großjunker zu besorgen. Diese Sozialdemokraten sind es, die sich bewußt dazu hergeben, die Arbeiter zu täuschen über ihre erbärmliche Rolle, die sie in den Parlamenten und in der Regierung spielen.

Wenn gesagt worden ist, das Auftreten der Kommunisten sei daran schuld, daß von einem Ruhen des Rechts der Parlaments-tätigkeit eines Abgeordneten gesprochen werden kann, so sage ich: Das, was hier von dem Abgeordneten Scholich gesagt worden ist, war bewußt die Unwahrheit. Er wußte, daß es nicht stimmt, daß aus solchen Beweggründen die Strangulierungsparagraphen geschaffen werden müßten. Es ist nichts anderes als eure (Zu den Sozialdemokraten.) Angst vor den Parteien auf der rechten Seite des Hauses, die euch zu der Liebedienerei diesen Parteien gegenüber veranlaßt. Würdet ihr nicht mit den Herrschaften durch dick und dünn gehen, dann würdet ihr keinen Ministerposten bekommen, wäret ihr nicht bündnisfähig, könntet ihr nicht die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten eingehen. Ihr müßt so handeln, ihr müßt die Interessen der Arbeiter verraten, weil ihr sonst nicht mit diesen Herrschaften gemeinsam auf den Ministerbänken sitzen oder den Parlamenten als Präsidenten vorstehen könntet. Es ist die größte Täuschung der Arbeiterklasse, ihr glauben zu machen, daß ihre Rechte gewahrt würden, wenn einer ihrer Vertreter auf dem Präsidentensitz säße. Die Arbeiter wissen nicht, daß man bewußt diese Posten benutzt, um die Arbeiterinteressen zu verschachern gegen Ministerposten. Die Arbeiter wissen nicht, daß auf diesem Posten eine wirksame Vertretung ihrer Interessen nicht möglich ist, solange der Klassenstaat besteht, solange die Diktatur der Bourgeoisie besteht.

Wir wissen doch ganz genau, daß die Gesetzgebungsmaschine, der Staatsapparat, unter dem Zeichen der Demokratie nur benutzt wird, um die nackten Besitzinteressen der Reichen rücksichtslos durchzusetzen. Darüber haben wir Kommunisten uns nie getäuscht, daß die bürgerliche Republik, die Demokratie, eben nur

ein Mantel ist, mit dem die Diktatur verhüllt wird, die die Bourgeoisie mit Hilfe der Vertreter der Sozialdemokraten übt — mit Hilfe eines Noske, eines Heine, eines Gradnauer und wie sie sonst alle heißen, die diese Posten besetzt haben, die mit Maschinengewehren auf die Arbeiter haben schießen lassen und die die Interessen der Arbeiter verraten und mit Füßen getreten haben. Sie (Zur rechten Seite des Hauses.) wären nicht hier, wenn es nicht einen Noske gegeben hätte, der sich an die Spitze der konterrevolutionären Offiziere stellte und gegen die Arbeiter einen Feldzug führte. Die Arbeiterschaft hätte Sie längst zum Teufel gejagt, und wir würden nicht solche Skandalszenen erleben, wie Sie sie gestern hier aufgeführt haben (Lautes Lachen rechts.) wegen der Arbeiter, die in den Gefängnissen hungern müssen, die nichts anderes getan haben, als ihre proletarischen Interessen zu verteidigen. Meine Herren! Sie sind doch nur Republikaner aus Zwang. Ihre Zeitungen bringen offenkundig zum Ausdruck, daß Sie alle Mittel benutzen wollen, um diese Herrschaften vom Präsidentensitz zu beseitigen, um die Sozialdemokraten aus den Ministerien herauszubringen. Das ist doch Ihre nackte Absicht. Und wenn Herr Ebert sich veranlaßt sah, auch einige Ihrer Zeitungen zu verbieten, weil sie Ihre antirepublikanische Ansicht zu unverhüllt zum Ausdruck brachten, so zeigt das doch nur, daß Sie keineswegs die Verfassung schützen wollen, sondern daß Sie die schärfsten Feinde der Weimarer Verfassung sind. Und Sie wollen hier auftreten und sagen, daß Sie die Geschäftsordnung mit der Verfassung in Übereinstimmung bringen wollen, daß Sie durch die Geschäftsordnung eine ordnungsgemäße Regelung der Parlamentsgeschäfte durchsetzen wollen! Meine Herren! Sie haben keine Ursache, sich hier aufzuregen. (Lachen rechts.) Sie haben hier die Lakaien, die Ihre Arbeit besorgen. Wir vertreten die Interessen der Arbeiter. (Rufe rechts: „Geschäftsordnung!“) — Meine Herren! Wenn Sie fragen, was meine Ausführungen mit der Geschäftsordnung zu tun haben, so hat es insofern damit etwas zu tun, als in dem § 1 steht, daß man den § 59 benutzen will, um Vertretern der Arbeiter das Recht zu nehmen, hier ihre Tätigkeit auszuüben. Man muß sagen, daß einen der Ekel erfaßt, wenn man diese Tätigkeit hier im Parla-

ment sieht, wo auf der einen Seite die Herrschaften im sicheren Besitz der Gewalt sitzen und das Parlament nur als Dekoration benutzen und auf der anderen Seite Leute sitzen, die — als Arbeitervertreter gewählt — Sie in der Absicht unterstützen, die Volksmassen zu täuschen, sie in der Abhängigkeit zu erhalten und bis aufs Hemd auszuplündern. Sie werden sich kein Gewissen daraus machen. Sie sind es, die das Reich, das Land in die größte Schuldenlast gestürzt haben, die die größte Vernichtung herbeigeführt haben, und Sie sind es, die jetzt versuchen, erneut uns Arbeitervertreter zu strangulieren und damit eine wirksame Vertretung der Arbeiter im Parlament unmöglich zu machen.

Es ist eine Naivität sondergleichen, wenn man glaubt, das Parlament vor den Äußerungen des Klassenkampfes bewahren zu können, wenn man glaubt, daß hier wie in einem Gouvernanzkreis gesprochen werden kann. Hier handelt es sich um die Lebensinteressen des Proletariats, denen die Lebensinteressen der Bourgeoisie gegenüberstehen, die beide unvereinbar sind. Sie wissen es alle, daß es keine Staatsordnung gibt, durch die etwa beide Interessen gleichmäßig vertreten werden könnten. Es gibt nur ein Mittel, das ist die Revolution, um die Staatsordnung zu schaffen, die es ermöglicht, daß der größte Teil des Volkes — die 80 Prozent erwerbstätige Bevölkerung — ein Parlament schafft, in welchem nur ihre Interessen gewahrt werden. Diese Absicht verfolgen die Kommunisten: ein wirkliches Volksparlament, eine wirkliche Demokratie zu schaffen, in der keine Privilegien auf Grund wirtschaftlicher Vorrechte vorhanden sind, sondern das gleiche Recht aller am Volkseigentum. Diese Aufgabe erfüllen wir, und die Arbeiter draußen verstehen uns; sie wissen, daß allein die Kommunisten wirksam ihre Interessen vertreten.

Noch haben die Arbeiter nicht die Kraft, sich gemeinsam zu erheben zu der großen Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Aber alles drängt danach, alles schreit nach diesem Kampfe, und die Arbeiter merken Tag für Tag, wie sie ins Elend hinabsinken und wie schließlich der Kampf unvermeidlich ist. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter erkennen werden,

daß nur die Kommunisten die Kampfmittel und die Kampfparolen aufstellen, die eine schnelle Erreichung dieser Ziele ermöglichen, und daß alles Vertrösten auf die Demokratie, auf die gute Einsicht der Kapitalisten nichts anderes ist als ein unerhörter Betrug, der an ihnen verübt wird. Die Arbeiter werden diejenigen, die den Betrug verüben, zum Teufel jagen, wenn Sie sich nicht auf die Aufgabe besinnen, die Sie als Arbeitervertreter zu erfüllen haben.

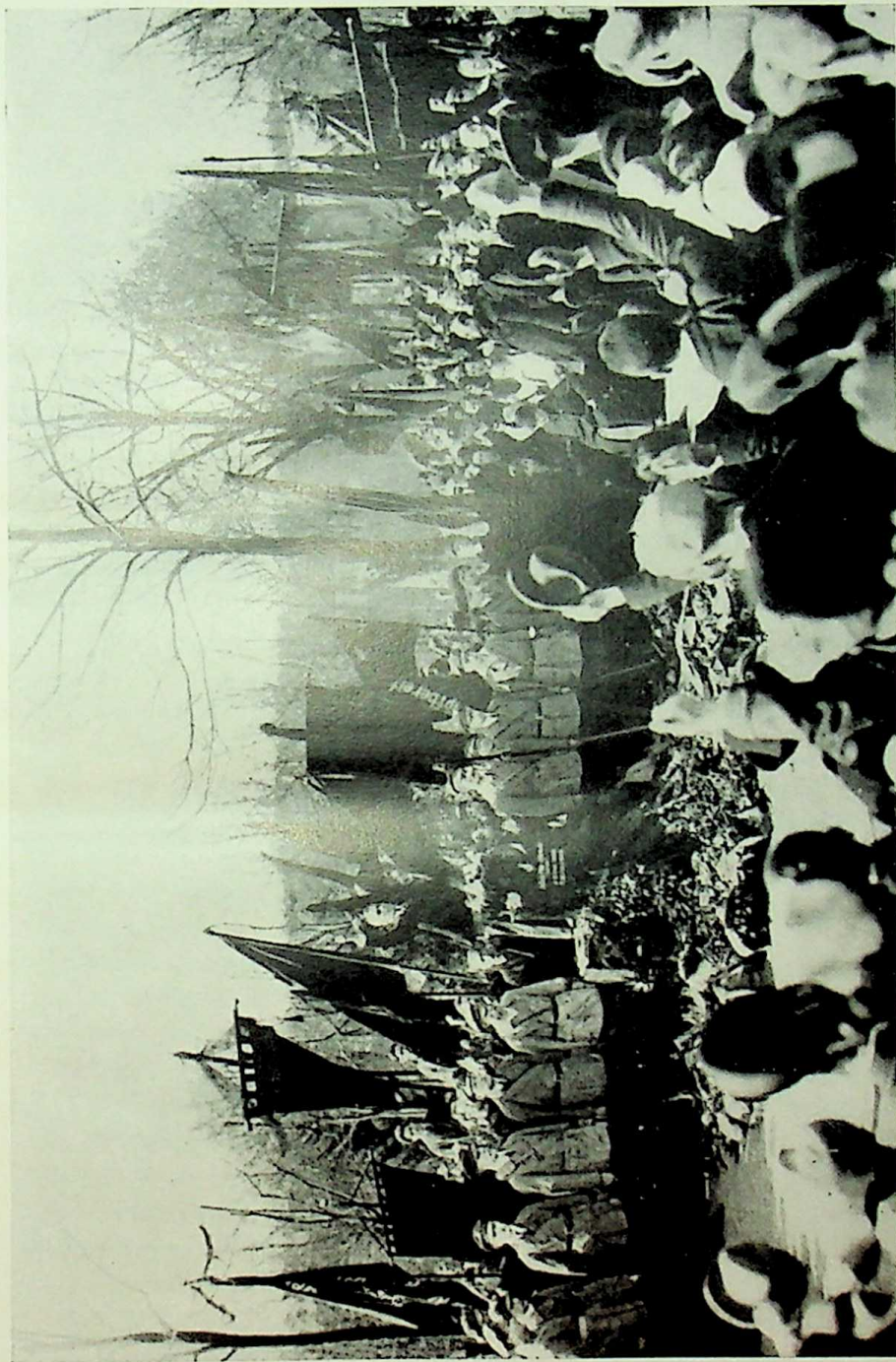
Wenn auch dieser § 1 und die übrigen Paragraphen angenommen werden, so werden wir unsere Arbeit draußen in den Fabriken fortsetzen. Wir werden den Arbeitern sagen, wie ihre Interessen hier im Parlament vertreten worden sind. Und wenn die Sozialdemokraten angstvolle Aufrufe erlassen, in denen sie uns verleumden, daß wir Putsche beabsichtigten, so zeugt das davon, daß Ihnen hier der Hintere auf Grundeis geht (Heiterkeit.); daß Sie sich der Arbeiter nicht mehr sicher sind, daß Sie versuchen müssen, jetzt die Schäflein zusammenzuhalten, und daß die Zeit bald kommen wird, wo Scheidemann wieder auftreten wird als der Rattenfänger von Hameln, der süße Schalmeien bläst gegen die reaktionäre Richtung in der Sozialdemokratie. Die Arbeiter in den Betrieben werden euch sagen, was die Delegationen dem Minister Radbruch gesagt haben: daß sie nicht mehr an eure Ehrlichkeit glauben, daß sie sich von euch betrogen fühlen.

Meine Herren! Wenn Sie zu solchen Strangulierungsmaßnahmen greifen, so zeugt das nicht von Kraft, sondern es ist das Gefühl der Schwäche, das Sie haben, weil Sie wissen, daß Sie Ihren Volksbetrug nicht mehr ganz so offen führen können, daß Sie versuchen müssen, sich die unangenehmen Mahner, die unangenehmen Kritiker vom Halse zu schaffen. Es ist das Gefühl der Schwäche, das Sie zu solchen bornierten Maßnahmen drängt, wie sie hier durch die Geschäftsordnung herbeigeführt werden sollen ...

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Leinert, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Ich will zum Schluß kommen. Ich bedaure, bei den vielen Paragraphen der Geschäftsordnung leider noch häufig genötigt zu sein, hier vor Ihnen zu erscheinen.



*Trauerfeier für Julian Marchlewski, 5. April 1925.
Am Rednerpult: Wilhelm Pieck.*

III

23. November 1921

Meine Herren! Die abschnittsweise Zusammenziehung der Paragraphen scheint mir von dem Bestreben diktiert zu sein, möglichst schnell mit der Ihnen sicher recht unangenehmen Verhandlung über die beabsichtigte Strangulierung der Kommunisten zu Ende zu kommen. Unangenehm insofern, als gerade in Verbindung mit den Vorgängen, die Sie zu dieser eiligen Verschlechterung der Geschäftsordnung veranlaßten, den Arbeitern draußen die Augen darüber geöffnet werden, was eigentlich beabsichtigt wird. Alle Versuche, diese Absichten zu verschleiern, werden an der gesunden Erkenntnis der Arbeiter scheitern.

Ich will bei diesen Paragraphen wiederum feststellen, daß der Vorgang, den Sie zum Anlaß dieser Strangulierung nehmen, ein gemeiner Bruch von Treu und Glauben war, wie er von der Mehrheit des Hauses gegenüber den Kommunisten verübt worden ist. Es ist kein Wunder, daß Sie Treu und Glauben nicht mehr achten. Die Demoralisation in Ihren Reihen ist so weit vorgeschritten, daß nicht einmal die Rechtsparteien untereinander Treu und Glauben halten, so daß die „Deutsche Tageszeitung“ sich heute darüber beschwert, daß die Deutsche Volkspartei und das Zentrum gelegentlich der Behandlung des Landwirtschaftsetats den Deutschnationalen gegenüber Treu und Glauben gebrochen haben.

Das zeugt doch davon, welche Demoralisation durch den Krieg in den Kreisen des Bürgertums eingerissen ist. Sie haben also am allerwenigsten Ursache zur Empörung über die Arbeit der Kommunisten in den Parlamenten. Die Kommunisten lassen sich lediglich von den Interessen des Proletariats leiten und sprechen dabei in der Sprache des Proletariats offen und ehrlich das aus, was sie mit dem Proletariat gemeinsam empfinden. Von Ihrer Seite wird dagegen das Parlament nur ausgenutzt, um Geschäfte zu machen und um das Proletariat zu knebeln.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Leinert, den Redner unterbrechend: „Einen Augenblick, Herr Abgeordneter Pieck! Ich habe noch mitzuteilen, daß zu § 12 der

Antrag der Abgeordneten Dr. Meyer und Genossen¹ auf Drucksache Nr. 1467 gehört. Wortlaut des Antrages:

„Im § 12 den Absatz 1, wie folgt, zu fassen:

Als Fraktion gilt eine Vereinigung von mindestens zwei Abgeordneten.“

Im übrigen, Herr Abgeordneter Pieck, bitte ich Sie, sich doch an den Wortlaut des § 12 zu halten. Sie sprechen gar nicht zur Sache.“

Ich will nachweisen, daß die Geschäftsordnung, die schon bisher genügend Gelegenheit bot, die Minderheiten zu vergewaltigen, jetzt noch mehr durch Paragraphen verschlechtert werden soll, die neu in die Geschäftsordnung hineinkommen sollen. Demgegenüber bezweckt die Änderung, die wir zu § 12 beantragt haben, einen vermehrten Schutz der Minderheiten. Wenn hier steht, daß als Fraktion nur eine Vereinigung von mindestens 15 Abgeordneten gilt, so mache ich darauf aufmerksam, daß dadurch großen Kreisen die Fraktionsrechte vorenthalten und sie von der Vertretung in den Parlamentsausschüssen ausgeschlossen werden. Ich verweise darauf, daß infolge der reaktionären Wahlgesetze, die sich zwar des Mäntelchens des gleichen und des Verhältniswahlrechts bedienen, tatsächlich durch die Trennung des Reiches in verschiedene Wahlkreise den Minderheiten die Möglichkeit genommen wird, ihrer Stimmenzahl angemessen im Parlament vertreten zu sein. Ein Beispiel dafür haben wir bei der letzten Reichstagswahl, wo die Kommunistische Partei im Deutschen Reich eine halbe Million Stimmen aufbrachte; da sie aber in den einzelnen Kreisen nicht die vorgeschriebene Zahl von Stimmen erreichte, wurde ihr die Gelegenheit genommen, in den einzelnen Wahlkreisen Mandate zu erhalten, und die 350 000 Reststimmen sind glatt unter den Tisch gefallen. Die Folge davon war, daß die Kommunistische Partei trotz ihrer halben Million Stimmen nur zwei Vertreter in den Reichstag entsenden konnte. Das ist ein Schulbeispiel dafür, wie selbst ein scheinbar gleiches Wahlrecht in ein reaktionäres umgekehrt wird, indem man den Parteien die Möglichkeit nimmt, entsprechend der von ihnen aufgebrachten Stimmenzahl im Parlament vertreten zu sein. Wir verlangen, daß für die Konstituierung

¹ Antrag der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands. *Die Red.*

einer Fraktion keine Zahlengrenze gesetzt wird. Wenn eine Partei auch nur einen Vertreter ins Parlament entsendet, so soll er als Vertreter dieser Partei anerkannt werden und an den Fraktionsrechten teilnehmen dürfen. Schwache Parteien werden schon dadurch benachteiligt, daß sie in den Ausschüssen nicht die gleiche Zahl von Vertretern haben, also ihren Einfluß nicht entsprechend geltend machen können. Man sollte jeder Partei, gleichviel in welcher Stärke sie im Parlament vertreten ist, die Möglichkeit geben, an den Ausschüssen teilzunehmen und sich als Fraktion zu konstituieren. Wir haben schon ein sehr weitgehendes Zugeständnis gemacht, indem wir beantragen, daß die Fraktion aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen soll. Es besteht die Möglichkeit, daß infolge der Wahlkreiseinteilung eine Partei, selbst wenn sie eine noch höhere Stimmenanzahl aufbringt als die Kommunistische Partei bei der Reichstagswahl, mit nur einem Vertreter ins Parlament einzieht. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so wird die Wirkung sein, daß die von der vollen Vertretung ausgeschlossenen Parteien noch mehr als bisher gegen das Parlament arbeiten werden.

Durch Ihre Maßnahmen im Parlament tragen Sie selbst alles dazu bei, daß die Stimmung gegen die Parlamente in den Arbeiterkreisen wächst, und die große Zahl der Wahlenthaltungen beweist es, daß der Antiparlamentarismus unter den Arbeitern immer mehr Platz greift. Wir sind Gegner des bürgerlichen Parlamentarismus. Wir sagen es den Arbeitern, daß es eine Betrugsbude ist, die aufgemacht wird unter dem Mantel der bürgerlichen Demokratie, daß man hier den Volksbetrug systematisch organisiert und mit schönen Phrasen verkleidet. Deshalb werden wir Kommunisten auch alles tun, dieses Parlament zu beseitigen. Dann werden wir auch nicht genötigt sein, solche Anträge zu stellen, die den Parteien eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Ausschüssen verschaffen.

Wir werden bei dem nächsten Abschnitt auf diese Frage ebenfalls eingehen. Da aber die Voraussetzung für die Vertretung in den Ausschüssen die Bildung der Fraktionen ist, so hängt diese Frage mit diesem Kapitel unmittelbar zusammen. Ich bin der Meinung, daß es im Interesse einer wirklichen Förderung der parlamentarischen Arbeiten liegt, wenn in allen Arbeitskörper-

schaften des Parlaments alle Parteien gehört werden, das heißt, wenn für die Beschlüsse des Parlaments, wenigstens in ihrer Vorbereitung, die Möglichkeit geschaffen wird, daß alle Parteien sich dazu äußern.

Wenn deshalb von uns verlangt wird, daß schon zwei Abgeordnete eine Fraktion bilden können, so ist das eine Forderung, die wir aus der Erfahrung beantragen, daß durch unser reaktionäres Wahlgesetz und die Gliederung der Wahlkreise den Minderheitsparteien die Möglichkeit genommen wird, entsprechend ihrer Stimmenzahl im Parlament vertreten zu sein. Wir sind überzeugt, daß Sie unsern Antrag ablehnen werden. Wenn wir trotzdem den Antrag stellen, so geschieht es, um den Arbeitern zu zeigen, daß im bürgerlichen Parlament — solange es noch besteht — nur die Kommunisten die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und daß diejenigen Parteien, die diese Anträge ablehnen, unter Einschluß der Sozialdemokraten, eine wirksame Vertretung der Arbeiter in den Parlamenten unmöglich machen wollen.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1. Tagung“, 4. Bd.

Für den gemeinsamen Kampf der deutschen und der polnischen Arbeiter Oberschlesiens gegen Verelendung und chauvinistische Hetze!

*Aus der Rede im Preußischen Landtag
4. Oktober 1922*

Die vorliegenden Anträge zeigen, daß in Oberschlesien Wahlen vor der Tür stehen. Alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, haben sich bemüht, ihrer Absicht, der oberschlesischen Bevölkerung zu helfen, in diesen Anträgen Ausdruck zu geben. Die ganze Art der Aufmachung der Anträge läßt deutlich die Absicht erkennen, die damit verfolgt wird: nämlich wieder einmal die Stimmen bei der nächsten Wahl für die betreffende Partei einzufangen. Die VSPD^[3], das Zentrum und die Deutsche Volkspartei wollen durch Anträge die Wohnungsnot, die Not der Flüchtlinge und der Beamten beheben, während die Deutschnationalen hauptsächlich um die Ruhe, Sicherheit und Ordnung besorgt sind, weil nach ihrem Klassenempfinden das Eigentum und der Profit dadurch am besten gesichert sind. Das ist auch bei der Teuerungsdebatte zum Ausdruck gekommen; denn da waren es wiederum die Deutschnationalen, die bei ihrer Anfrage zur Teuerung nur um die Sicherheit und den Bestand des Reichs- und Staatsgefüges besorgt waren. Das ist also die größte Sorge, die ihnen die gegenwärtige Teuerung in Deutschland verursacht.

Sicher ist in Oberschlesien das Elend der Arbeiter sehr groß, teilweise noch viel größer als bei der Arbeiterschaft des übrigen Reiches. In der Debatte ist besonders zum Ausdruck gebracht worden, wie groß die Wohnungsnot in Oberschlesien ist, wie die Arbeiter in den elendesten Löchern hausen müssen, drei bis vier Familien, Erwachsene und Kinder zusammen. Kurzum, es herrscht ein Elend, das kaum noch gesteigert werden kann. Die Teuerung und der Druck, der durch die Geldentwertung ausgeübt wird, ist in Oberschlesien ebenso groß wie im ganzen Reiche. Auch die Ausbeutung und der durch die Geldentwertung entstandene indirekte Lohnabbau sind in Oberschlesien so groß

wie im übrigen Reich. Besonders leiden die Arbeiter, die Beamten und Angestellten unter diesem indirekten Lohnabbau, der von Tag zu Tag schärfer in Erscheinung tritt. Genauso wie im übrigen Reich tritt auch in Oberschlesien von Tag zu Tag das wachsende Mißverhältnis zwischen Lohn und Preis und das wachsende Elend der Arbeiter, die zur Verzweiflung getrieben werden, hervor. Hungerkrawalle sind unvermeidlich, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, organisierte Kämpfe der Arbeiterschaft zur Behebung des Elends herbeizuführen.

Im polnischen Teil Oberschlesiens ist es bereits zu solchen blutigen Zusammenstößen gekommen, und zwar in erster Linie wegen der nicht gezahlten Löhne. Die Gruben- und Fabrikbesitzer erklärten, nicht über das erforderliche Kleingeld zu verfügen, um den Arbeitern die Löhne auszuzahlen. Nun ist bei einer solchen Nichtauszahlung des Lohnes — der ja nach geleisteter Arbeit gezahlt wird — die Tatsache zu verzeichnen, daß, wenn dieser Lohn auch nur eine halbe Woche später ausgezahlt wird, den Arbeitern schon nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, sich das zu kaufen, was sie vielleicht vor drei Tagen mit dem Lohne noch kaufen konnten. Außerdem wurden von den oberschlesischen Arbeitern Maßnahmen gegen die Teuerung verlangt. Aber was machte der Wojewode von Kattowitz? Er ließ Maschinengewehre auffahren und holte Polizeitruppen herbei, um dort die Arbeiter zur „Räson“ zu bringen. (Zuruf von den Kommunisten: „Wie bei uns!“) Bei gleichen Krawallen, ebenfalls wegen verweigerter Lohnauszahlung, gab es bei einem solchen Zusammenstoß sieben Tote und Schwerverletzte. Die polnische Bourgeoisie verlangt infolge der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter und der Unruhe unter den Arbeitern den Belagerungszustand, außerordentliche Gerichte, die Todesstrafe für Plünderer und eisernes Regiment gegenüber den „vom preußischen Joch befreiten Brüdern“. Natürlich darf bei diesem Versuch, die polnische Regierung gegen den polnischen Arbeiter scharf zu machen, auch die nationalistische Hetze nicht fehlen, um die Arbeiter zu spalten, deutsche und polnische Arbeiter gegeneinander zu hetzen. Die Berliner Regierung soll — nach diesen nationalistischen polnischen Hetzern — die Krawalle dadurch herbeigeführt haben, daß sie unter Verletzung des Genfer Abkommens künstlich die Zah-

lungsmittel zurückhielt. Ferner wird von der polnischen Presse behauptet, die verhafteten Demonstranten seien meistens Deutsche. Deutsche Hetzer sollen im polnischen Teil Oberschlesiens die Ruhe stören und die Bevölkerung aufwiegeln. Also „Ausländer, Fremde, sind es meist“. — Sie sehen, daß da drüben alles so ist wie bei uns: Es werden dort wie bei uns die gleichen Mittel angewandt, um die Arbeiterschaft gegeneinander zu hetzen, und die Arbeiterschaft im polnischen Teil Oberschlesiens ist genauso enttäuscht und betrogen wie die Arbeiterschaft Deutsch-Oberschlesiens. Vielleicht sind es die Arbeiter im polnischen Teil Oberschlesiens noch etwas mehr, weil sie mit diesem Kampfe gegen die Ausbeuter, gegen die brutale Germanisierungspolitik, die durch die deutschen Kohlen- und Industriemagnaten und durch die Behörden getrieben wurde, die Sehnsucht nach nationaler Befreiung verbanden. In den drei polnischen Aufständen glaubten die polnischen Arbeiter für ihr Recht und ihre Freiheit zu kämpfen, um selbst hinterher die Erfahrung zu machen, daß die polnische Koalitionsregierung der polnischen Republik auch nur die gleichen Mittel gegen Hunger und Elend anwendet wie die Koalitionsregierung der deutschen Republik, nämlich Maschinengewehre und Bajonette, Kerker und Verfolgung der aufständischen Arbeiter.

Die Vertrauensseligkeit der Arbeiterschaft Oberschlesiens ist arg mißbraucht worden. Was ist ihnen nicht alles schon nach dem Novemberzusammenbruch versprochen worden! Wie gut müßte es den polnischen und den deutschen Arbeitern Oberschlesiens gehen, wenn auch nur ein Hundertstel von dem verwirklicht worden wäre, was ihnen von den Parteien in Oberschlesien versprochen worden ist. Nirgends offenbart sich so kraß die Heuchelei und der Schwindel der bürgerlichen Parteien wie gerade bei den verschiedenen Wahlen in Oberschlesien.

Dieser Wahlschwindel soll nun eine dritte Auflage erleben, und dazu werden jetzt von verschiedenen bürgerlichen Parteien, einschließlich der VSPD, Vorbereitungen getroffen. Glauben Sie, daß mit Ihren Anträgen, die Sie heute hier dem Haus vorgelegt haben, einem Arbeiter auch nur eine einzige Wohnung oder sonst eine nennenswerte Unterstützung gegeben oder eine Arbeiterfamilie satt gemacht wird? Aus allen diesen Anträgen der

bürgerlichen Parteien, ebenso aus der Antwort, die die Regierungsvertreter hier gegeben haben, spricht die vollkommene Hilflosigkeit, mit der Sie dem ungeheuren Elend gegenüberstehen, das durch den wachsenden Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft hervorgerufen wird. Die Hilfe, aus dem Elend herauszukommen, müssen die Arbeiter selbst schaffen, und zwar werden sie das nur können, wenn sie die Ursache ihres Elends begreifen.

Wie sehr wird die oberschlesische Bevölkerung bedauert, wie sehr werden ihr salbungsvolle Worte des Mitleids gespendet! Der Oberschlesische Hilfsbund, diese nationalistische Propagandagesellschaft, will den Arbeitern in Oberschlesien „das Heimatgefühl erhalten, den deutschen Gedanken und das Nationalgefühl stärken“. Ja, das hat er nötig! Mit dem Nationalgefühl der deutschen Arbeiter wird arg Schindluder getrieben.

Woher kommt all dieses Elend, unter dem die Arbeiterschaft leidet, woher die allgemeine Zerrüttung der Wirtschaft, woher die Zerreißung Oberschlesiens?

Die Hauptursache sind die Folgen des 4 $\frac{1}{4}$ jährigen Weltkrieges, in den die Arbeiter durch den unerhörten Schwindel, die Predigten vom Durchhalten und dadurch hineingehetzt wurden, daß Friedensmöglichkeiten sabotiert worden sind; weiter durch die 4 $\frac{1}{4}$ Jahre lange Verwüstung von Menschenkraft und Gut.

Die Kriegshetzer, die Durchhalteprediger, die Annexionspolitiker sind die Schuldigen an dem Elend und der Not des deutschen Volkes und besonders der deutschen Arbeiterschaft. Diese Kriegshetzer und Durchhalteprediger sitzen bei uns im eigenen Lande genauso wie im Auslande. Deshalb sagen wir Kommunisten genauso wie zu Anfang des Krieges dem deutschen Proletariat: Euer Hauptfeind steht in eurem eigenen Lande. Schaut nicht über die Grenzen, laßt euch nicht einreden, daß die ganze Not nur von der Entente und vom Versailler Vertrage kommt. Schaut auf den Feind im Land, den ihr mit euren Mitteln jeden Tag beseitigen könnt! („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Sosehr die Arbeiter auch unter der Erfüllungspolitik leiden und sosehr deshalb diese Erfüllungspolitik bekämpft werden

muß, so wird doch das Elend darüber hinaus durch die einheimischen Vampire vermehrt, die dem Proletariat das Blut aussaugen. Das sind die die Lebensmittelproduktion sabotierenden Junker, es sind die Angehörigen der Deutschnationalen Volkspartei, die dafür Propaganda machen, daß das Umlagegetreide^[4] nicht abgeführt wird, wodurch das Proletariat in den Genuß von etwas weniger verteuertem Brot kommen würde. Weiter gehören zu diesen Vampiren die Handels- und Industriekapitalisten, die ihr Kapital und ihre Waren um des Profites willen nach dem Auslande verschieben, die den Warenmarkt entblößen und die Preise in die Höhe treiben. Es sind weiter die Wucherer und Schieber, die aus der Not des Volkes ungeheure Gewinne ziehen, es sind die mit der Not des Volkes spekulierenden Börsenjobber, die zu den Hauptfeinden im eigenen Lande gehören. Und es sind die auf die Dummheit des Volkes spekulierenden Führer der Zentrumspariei, die dem Proletariat für seine Not und sein Elend nichts als salbungsvolle Worte und Vertröstungen auf das Jenseits zu geben vermögen, die das Volk in Abhängigkeit und Untertänigkeit halten wollen. Es ist die VSPD, die die Interessen der Arbeiter preisgibt um der Koalition willen mit denen, die ich als Feinde des Proletariats gekennzeichnet habe. Es sind die Koalitionsparteien, die für die Not der Arbeitermassen nur Worte und Anträge haben, aber keine ernstliche Abhilfe schaffen wollen. Und täuschen wir uns nicht: Sie können es auch nicht, denn mächtiger als sie ist das Kapital. Das hat sogar Herr Dittmann begriffen, der in seinem Begrüßungsartikel vom 1. Oktober, überschrieben: „Weltkapitalismus und Weltproletariat“, den „Vorwärts“ den Arbeitern Berlins schmackhaft machen wollte. Dort sagt Herr Dittmann:

Das Kapital etabliert sich immer unverhüllter als Herr des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und verweist die demokratisch organisierte Staatsgewalt in die Rolle des Nachtwächters. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Wenn solche Erkenntnis bei den Sozialdemokraten und ihrem neuen Zuwachs vorhanden ist, warum dann diese Erweckung von Hoffnungen beim Proletariat, daß dieser Nachtwächter den Arbeitern helfen könnte? Abhilfe können, wie ich schon sagte,

die Arbeiter nur sich selber bringen, indem sie den Hauptfeind im eigenen Lande besiegen.

Für den oberschlesischen Arbeiter kommt als besondere Ursache seines Elends noch die nationalistische Hetze hinzu, die dort in der schändlichsten Weise von der Bourgeoisie zur Zerreißung des Proletariats getrieben wird. Wenn in dem Antrage Nr. 565, der von den verschiedenen Rechtsparteien gestellt ist, und wenn in den großen Anfragen Nr. 135 und 156 von den Unruhen und Sachschäden die Rede ist, die in Oberschlesien hervorgerufen worden sind, und wenn es so hingestellt wird, als seien die Urheber der Unruhen nur auf der polnischen Seite zu suchen, so sagen wir: Das ist eine Täuschung der Arbeiter, um nur ein mildes Wort dafür zu gebrauchen.

Die Urheber sind ebensowohl in Deutschland zu suchen und müßten ebensosehr zur Wiedergutmachung des verursachten Schadens herangeholt werden, soweit sie über Vermögen verfügen. Die Urheber auf deutscher Seite sind die nationalistischen Hetzer, die meistens aus Gewinnsucht ein Interesse daran haben, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen und zu verhüten, daß sich die Arbeiter in einer gemeinsamen Klassenfront zusammenschließen, um ihre Ausbeuter und Unterdrücker gemeinsam zu bekämpfen. Natürlich findet die Bourgeoisie bei diesem ihrem Versuch, die Arbeiter zu spalten, noch genügend Hilfe aus anderen Schichten der Bevölkerung. Ja, sogar Vertreter der Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsführer, haben bei der nationalistischen Hetze in Oberschlesien und ihrer Auswirkung kräftig mitgeholfen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Besonders war es der vom sozialdemokratischen Parteisekretär zum Staatskommissar avancierte Grobschmied Hörsing, der ein williges Werkzeug der oberschlesischen Kohlenbarone gegen die Arbeiter war. Ein solcher Wechsel vom Vertrauensmann der Arbeiter zum Vertrauensmann der Bourgeoisie hat seit dem Novemberzusammenbruch auch bei vielen, die davon betroffen wurden, eine fürchterliche geistige und moralische Degenerierung hervorgerufen, so daß sie gemeingefährlich geworden sind.

Hörsing, das heißt vielmehr die Regierung, die ihn einsetzte, trägt den größten Teil der Schuld an der nationalistischen Hetze und den Unruhen in Oberschlesien. Hörsing war es, der die

Streiks und Hungerunruhen in Oberschlesien, die Streiks der Kohlenbergarbeiter mit Maschinengewehren bekämpfte, mit Arbeitszwang versuchte, die Arbeiter zum Streikbruch zu zwingen, der durch den Belagerungszustand, durch die weiße Garde diese Aufstände und Unruhen zu unterdrücken versuchte, der die organisierte Streikbrecherorganisation, die Technische Nothilfe, heranholte, den Arbeitern ihren Kampf gegen Lohndruck und vermehrte Ausbeutung unmöglich zu machen — er war es, der in tölpelhaftester Weise die polnischen Arbeiter in Oberschlesien provozierte, der durch den „Grenzschutz“ die Polen gegen uns mobil gemacht hat. Nicht ohne Grund nennen deshalb die polnischen Arbeiter den Herrn Hörsing den kleinen Noske oder den Bluthund. Hörsing hat dort im Auftrage der oberschlesischen Bourgeoisie eine fürchterliche Saat der nationalen Verhetzung ausgestreut, die dann die schweren Kämpfe in Oberschlesien, insbesondere die drei polnischen Aufstände hervorriefen, unter denen zweifellos die Arbeiter am meisten gelitten haben; denn die Bourgeoisie hat es verstanden, sich in Sicherheit zu bringen, sich ihr Kapital zu sichern durch die bewaffneten Banden, die sie in Dienst und Sold genommen hat.

Diese nationalistische Hetze ist dann durch den Plebiszitschwindel^[5] noch bedeutend gesteigert worden, durch die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören soll. Alle Register der nationalistischen Hetze sind sowohl von den polnischen wie von den deutschen Agitatoren gezogen worden. Es ist nicht von ungefähr, wenn es möglich war, in Oberschlesien 30 Angestellte der SPD und 37 Angestellte der polnischen Sozialdemokratie, in dem Bezirk zu unterhalten, die mit ihrem Plebiszitschwindel die Bevölkerung aufgehetzt haben. Diese 67 nationalistischen Hetzer aus Arbeiterkreisen waren es, die der Bourgeoisie geholfen haben, dort ihr schändliches Werk durchzuführen.

Für uns kommt in erster Linie in Betracht, die Klassenfront des Proletariats herbeizuführen, zu verhüten, daß die Arbeiterschaft an die Seite der Bourgeoisie einer Nation getrieben wird, und sich gegenseitig zerfleischt, nur zum Gewinn und zum Vorteil der Bourgeoisie.

Besonders war es die oberschlesische Zentrumspartei, die diese Situation für ihre Parteiinteressen auszunutzen versuchte. Sie

war es, die schon gleich nach dem Novemberzusammenbruch die Parole der unabhängigen Republik Oberschlesien herausgab — man hat ihr das als Hochverrat angekreidet —; das Wörtchen unabhängig bedeutet im Munde der unabhängigen Zentrums-
partei: unabhängig von allem anderen, nur nicht vom Klerikalismus, von ihr, die versucht, ihren ganzen Einfluß ungestört auszuüben und zu verwerten. Die oberschlesische Zentrums-
partei glaubte, das am besten zu können, wenn Oberschlesien zu einer unabhängigen Republik gemacht würde.

In Deutschland hat damals eine große Hetzpropaganda eingesetzt, um alles, was in Oberschlesien geboren war, dort hinauf zu verschieben, um zu verhüten, daß Oberschlesien zu Polen kam.

Bezeichnend ist bei dieser Propaganda der Streit, der innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale^[6] beziehungsweise zwischen den polnischen und den deutschen Gewerkschaftsführern ausgebrochen ist. Die polnischen Gewerkschaftsführer waren selbstverständlich dafür, daß ganz Oberschlesien zu Polen kommen sollte. Sie haben in den verschiedensten Artikeln und in ihren Reden zum Ausdruck gebracht, Oberschlesien müsse polnisch werden, und wenn zu diesem Zwecke seine Bewohner durch ein Meer von Blut waten müßten. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Das sind Gewerkschaftsführer, die Arbeiterinteressen wahrzunehmen haben! Nun, die deutschen Gewerkschafter haben gegenüber der aggressiven Stellung der polnischen Gewerkschafter eine ziemlich jämmerliche Rolle gespielt; sie beriefen sich nämlich bei ihrem Verlangen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben solle, auf den Rechtsstandpunkt des Völkerbundsrates, wonach für die Dauer von 15 Jahren in Oberschlesien die gewerkschaftlichen Verträge gelten sollten, ganz gleich, ob Oberschlesien zu Polen oder zu Deutschland käme. Bei diesem Streit zwischen polnischen und deutschen Gewerkschaftsbürokraten wurde dann die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale genötigt, einzugreifen. Sie schickte eine Delegation, bestehend aus Jouhaux und Fimmen, die bei ihrer Reise durch Polen nach Meinung der deutschen Gewerkschaftsführer sich von den Polen gehörig haben einseifen lassen. Die deutschen Gewerkschaftsführer sind mit dem Urteil, das diese Delegation fällte, absolut nicht einverstanden. Diese Delegation hat sich sehr

salomonisch um diesen Konflikt herumgedrückt. Es ist sehr amüsant zu lesen, was sie getan hat, um eine Entscheidung, ob Oberschlesien zu Polen oder zu Deutschland gehören solle, herumzukommen. Sie hat gesagt:

Verbleibt das Gebiet im Rahmen Deutschlands, so steht zu befürchten, daß das Unternehmertum, ungeachtet aller Garantien, seine Machtstellung zu Repressalien gegenüber der polnischen Arbeiterbevölkerung gebraucht. Kommt das Gebiet an Polen, wäre diese Gefahr zwar nicht so groß; um so schwerwiegender ist der Umstand, daß die Kapitalisten die Möglichkeit haben, die wirtschaftlichen Interessen des Landes zu gefährden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Dann sagt sie weiter:

Sollte Oberschlesien gänzlich oder zum Teil an Polen fallen, so darf die Angliederung nicht zur Folge haben, daß die Arbeiter dieses Gebietes der ihnen durch die bestehenden Gesetze gewährten Vorteile beraubt oder die betreffenden Gesetze verschlechtert werden.

Es geht aus letzterer Wendung hervor, daß die Delegation sich mit der Abtretung Oberschlesiens an Polen schon abgefunden hatte.

Die Gewerkschaftsführer in Deutschland waren mit dieser Entscheidung sehr unzufrieden und haben diese ihre Unzufriedenheit in dem Korrespondenzblatt des ADGB¹ zum Ausdruck gebracht. Sie sagen: Bei strengster Objektivität hätte die internationale Gewerkschaftsdelegation der Überzeugung Ausdruck geben müssen, daß Oberschlesien ungeteilt zu Deutschland gehört.

Die Delegation hat das nicht getan, und deshalb glaubten die deutschen Gewerkschaftsführer, sie müßten ihr Besonderes tun, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten. Sie haben sich zu diesem Zwecke ganz offen in die Klassenfront der Bourgeoisie begeben und mit ihr gemeinsam in Deutschland diesen nationalistischen Rummel aufgezogen.

¹ Abkürzung für Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. *Die Red.*

Das Elend der oberschlesischen Arbeiter wurde nach dem Plebiszitschwindel ins ungeheure vermehrt durch eine brutale Kapitalsoffensive: Die Löhne wurden von den Kapitalisten herabgesetzt, die Betriebe stillgelegt oder die Arbeitszeit verkürzt, Arbeiter wurden entlassen, durch Maßregelungen und Arbeiteraussperrungen wurden die renitenten Arbeiter aus den Betrieben entfernt; man wollte die oberschlesische Arbeiterschaft dafür, daß ihre Mehrheit sich für Deutschland bekannt hatte, belohnen, indem nunmehr unmittelbar danach die lange zurückgehaltene Offensive der deutschen Kapitalisten zur vermehrten Ausbeutung der Arbeiter einsetzte. Die deutschen Arbeiter in Oberschlesien, wie auch die polnischen, haben sehr wohl begriffen, daß das in einem großen Widerspruch zu den Versprechungen stand, die man den deutschen und den polnischen Arbeitern in Oberschlesien vor dem Plebiszit gemacht hatte. Als dann zwei polnische Arbeiter wegen der Unterzeichnung eines Industrieaufrufs von einer Gleiwitzer Grube entlassen wurden und dies von dem polnischen Hetzpropagandisten Korfanty in geschickter Weise ausgenutzt und als eine Offensive der deutschen Kapitalisten gegen die polnischen Arbeiter hingestellt wurde, da war es ihm möglich, durch diese geschickte Ausnutzung das Signal zum dritten polnischen Aufstand im Mai 1921 zu geben, der der größte Aufstand war und unerhörte Opfer von den Arbeitern gefordert hat. Der Ursprung, die Ursache dieses Aufstandes war in diesem Falle also neben der nationalistischen Hetze die Kapitalsoffensive, die von den deutschen Grubenbesitzern gegen die Bergarbeiter in Oberschlesien begonnen wurde.

Hier liegen also die Ursachen der Unruhen, von denen in diesen Anträgen gesprochen wird. Von polnischer Seite wurde der schlimmste Terror geübt. Die polnische Bojowka war genauso eine Orgeschorganisation^[7], wie wir sie in Deutschland haben. Besonders die revolutionär gesinnten Arbeiter wurden verfolgt und aus den Betrieben herausgejagt; es wurde dort in der schlimmsten Weise gegen alle gehetzt, die im Verdacht standen, deutschfreundlich zu sein. Durch diese Bojowka wurden besonders die Kommunisten verfolgt, weil man glaubte, daß die Kommunisten wegen ihrer Gegnerschaft gegen die polnische Nationalistenhetze deutschfreundlich seien.

Von deutscher Seite wurden die Freikorps Aulock, Löwenfeld, Roßbach, Oberland eingesetzt, die dort ebenso hausten, wie es die polnische Bojowka tat. Diese von der Regierung geschickten Freikorps haben wie Mörder- und Plündererbanden gewütet. Sie haben sich besonders an den Arbeitern vergriffen, sie wagten es aber nicht, gegen die Kapitalisten vorzugehen, von denen sie teilweise ausgehalten wurden. Ferner waren es der „Grenzschutz“ und die Orgesch, die mit diesen Freikorps zu wetteifern suchten, um sich dort an der Arbeiterschaft, soweit sie revolutionär war, zu rächen.

Es war zweifellos infolge dieser wahnwitzigen nationalistischen Hetze eine fürchterliche Zeit über das oberschlesische Proletariat hereingebrochen. Die Gewerkschaften vermochten nicht die Klassenfront des Proletariats herzustellen. Die polnischen Sozialchauvinisten halfen dem bürgerlichen Diktator Korfanty, die Arbeiterschaft zu betrügen, die PPS^[8] bildete Spitzelorganisationen, um die Arbeiter zu beobachten und zu denunzieren, wenn sie irgendwie im Verdacht revolutionärer Propaganda standen. Die deutschen Sozialchauvinisten stellten sich gemeinsam mit den Deutschnationalen in eine Front, und sie tobten unter der Führung des Alldeutschen Urbanek genauso gegen die Arbeiterschaft, wie es die polnische Bourgeoisie auf polnischer Seite tat.

Diese Verhetzung war so stark, daß weder die Interalliierte Kommission mit ihren ausländischen Truppen, noch nach ihrem Abzug der „Selbstschutz“ die Ordnung herstellen oder aufrechterhalten konnte. Im Gegenteil, als die Interalliierte Kommission in diesem Sommer abzog und am 16. Juni das deutsch-oberschlesische Gebiet von der preußischen Regierung übernommen wurde, da haben wir es erlebt, zu welchen Schandtaten der „Selbstschutz“ gegriffen hat.

In diesem „Selbstschutz“ vereinigen sich sozial recht ungleiche Elemente. Es sind dort eine ganze Reihe von den früheren Mitgliedern der Freikorps und Leute, die im Existenzkampf Schiffbruch erlitten haben. Es sind darin Beamte und Angestellte von der Eisenbahn, von den Gruben und Fabriken, die willige Werkzeuge ihrer Arbeitgeber sind. Aber wir wollen nicht verkennen, daß im „Selbstschutz“ auch eine ganze Reihe Arbeiter sind, die durch diese nationalistische Hetze verwirrt wurden und die glau-

ben, in Oberschlesien durch ihre Tätigkeit im „Selbstschutz“ ihren proletarischen Interessen zu dienen — wie es im Januar 1919 in Berlin eine Menge Arbeiter gab, die glaubten, durch die Niederschlagung der Spartakisten ein der Arbeiterbewegung dienliches Werk zu tun. Aber an der Spitze dieser „Selbstschutz“-organisation stehen reaktionäre Führer, die die Arbeiterschaft zu dem Zwecke mißbrauchen, dem in Wirklichkeit die „Selbstschutz“-organisation dient, nämlich als Schutzgarde für die ober-schlesischen Kapitalisten, die Industrie- und Grubenbarone. An der Spitze dieses „Selbstschutzes“ stehen der Rektor Günther, ein echter Deutschnationaler, und der Oberstleutnant Grützner, wahrscheinlich auch der Deutschnationalen Volkspartei angehörig. Sie versuchen dort, diesen „Selbstschutz“ in der unverantwortlichsten Weise gegen die Arbeiterschaft auszunützen und die Arbeiter gegeneinander zu hetzen. Dieser Günther sagte bei einer Demonstration des „Selbstschutzes“, die am 5. Juni in Gleiwitz stattfand, daß der Haß die Pflicht jedes einzelnen und daß die Rache das Gebot der Stunde sei.

In diesen Tönen versucht man in Oberschlesien „Ruhe“ zu schaffen! Diese Personen also, die die Führung des „Selbstschutzes“ bilden, sind verantwortlich für die Unruhen und für die Schäden, die durch diese Unruhe verursacht werden. Die Deutschnationale Volkspartei brauchte gar nicht lange nach den Urhebern zu suchen, sie brauchte sich nur in ihren eigenen Parteikreisen umzuschauen, was sie in Oberschlesien tun, um dauernd die Unruhe aufrechtzuerhalten. Diese Kerle haben den „Selbstschutz“ zu einer Organisation des politischen Meuchelmordes und des gewaltsamen Terrors gemacht, und diese Organisation wird nachgewiesenermaßen von der Bourgeoisie, den Industrie- und Kapitalmagnaten ausgehalten.

Innerhalb des „Selbstschutzes“ sind besondere Kommissionen gewählt worden, um alle die Arbeiter zu vertreiben, die sich beim „Selbstschutz“ irgendwie mißliebig gemacht haben, die vor allem irgendwie in dem Verdacht stehen, polnischer Gesinnung zu sein. Es ist schon einmal in diesem Hause darauf verwiesen worden, zu welchen Brutalitäten und Schandtaten dieser „Selbstschutz“ durch seine verschiedenen Kommissionen gegriffen hat.

Da hat man Rollkommissionen gebildet — mit Verrollen meint

man in Oberschlesien Verprügeln. Diese Kommissionen haben die Aufgabe übernommen, die Arbeiter, die irgendwie im Verdacht der Polenfreundschaft stehen, zu verprügeln. Dann sind Kofferkommissionen gebildet worden. Diese vertreiben die Arbeiter aus den Betrieben — man nennt sie so, weil die Arbeiter bei Entlassungen ihr Werkzeug in einem Koffer mitnehmen. Aber auch damit begnügen sich die Herrschaften vom „Selbstschutz“ nicht, sondern es sind noch besondere Räumungskommissionen gebildet worden, die die Aufgabe haben, die brotlos gemachten Arbeiter auch aus ihrer Wohnung zu vertreiben. Es wird den Arbeitern ein Zettel ins Haus geschickt, binnen 24 Stunden die Wohnung zu verlassen, oder man würde sie mit Handgranaten aus der Wohnung treiben. Und dann schreit man über die Wohnungsnot! Dort versuchen wahrscheinlich deutsche Hetzapostel und der in ihrem Dienst stehende „Selbstschutz“, die Wohnungsnot so zu beheben, daß man polnische Arbeiter auf die Straße wirft, um für Deutsche Wohnungen zu schaffen.

Es ist charakteristisch, daß diese Art der Behebung der Wohnungsnot nur bei den armselig hausenden Arbeitern angewandt wird, nicht bei den Reichen, wo genügend Gelegenheit gegeben wäre, Wohnungen frei zu machen. Aber wenn ein Kapitalist, ein Bourgeois, diesen Räumungskommissionen einen Betrag von 50 000 Mark und darüber schickt, dann sieht der „Selbstschutz“ davon ab, dessen Wohnung zu räumen, selbst wenn er in dem Verdacht polnischer Gesinnung steht. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Die schlimmste Schande des „Selbstschutzes“ sind aber die sogenannten Zopfabschneidekommissionen. In Gleiwitz hat man unter dem Einfluß der nationalistischen Verhetzung — nur sie ist der mildernde Umstand für die Proletarier, für die Arbeiter und Beamten, die sich zu solchem Schandwerk hergeben — versucht und durchgeführt, Arbeiterfrauen und -mädchen, die in dem Verdacht standen, sich während der Besetzungszeit mit französischem oder italienischem Militär eingelassen zu haben, zu verfolgen, nachts aus der Wohnung zu holen, ihnen die Haare abzuschneiden (Zuruf bei den Kommunisten: „Weiße Schandel“), ihnen die Kleider vom Leibe zu reißen, sie mit schwarzer Farbe

oder Teer anzupinseln und mit Gummiknäppeln nackt durch die Straßen zu jagen. (Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Das ist deutsche Kultur! Das sind die Organisationen, die unter der Führung von Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei stehen, die hier im Landtage durch ihre Vertreter nach Ruhe und Ordnung schreit.

Anläßlich einer Demonstration des „Selbstschutzes“ am 5. Juni hat man wieder versucht, durch solche Verfolgung von Arbeiterfrauen und -mädchen das Schandwerk durchzuführen. Ein Mädel, das seinen Klauen entronnen war, lief 1500 Meter weit in einen Entwässerungskanal hinein. Als sie nicht wieder herauskam, schickte man ein anderes hinterher, das die Nachricht brachte, daß das zuerst geflüchtete, dem die Haare abgeschnitten waren und das nackt ausgezogen werden sollte, in dem Kanal erstickt sei. Das sind die Taten des „Selbstschutzes“ in Oberschlesien, und eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Proletariats in Oberschlesien ist es, mit dieser deutschen Schandorganisation aufzuräumen.

Oberschlesien hat Wahlen in Fülle gehabt. Trotz vieler Versprechungen und Hoffnungen ist das oberschlesische Proletariat immer tiefer in das Elend hineingekommen, und zwar durch seine eigenen Landsleute. Den Bruder Arbeiter kennt man immer nur, wenn man ihn zu irgendwelchen Dingen braucht; man kennt ihn besonders dann, wenn man seine Stimme benötigt, um sich in den Parlamenten den Einfluß zu verschaffen, den die Klasse, die man vertritt, dort braucht, um ihre Interessen durchzusetzen.

Was muß nun geschehen, um das Elend der oberschlesischen Arbeiter zu beheben? Begrenzt sich denn dieses Elend nur auf das, was in diesen Anträgen niedergelegt ist?

Aber kann selbst auch nur dieses Elend, das in den Anträgen berührt worden ist, wenigstens durch die Anträge und Bitten, die hier von den Parteivertretern an die Regierung gerichtet worden sind, irgendwie behoben werden? Keinesfalls! Die Regierung ist gar nicht in der Lage, dem nachzukommen, was hier von den Parteien verlangt wird. — Und den Gemeinden ist ebenfalls der Atem ausgegangen, wie durch die Sperrung des Kredits durch die Sparkassen und die Girobanken zum Ausdruck kommt. Auch sie haben keine Möglichkeit, diese Not zu beheben. Man rede

also den Arbeitern nicht ein, daß Möglichkeiten der Behebung der Wohnungsnot vorhanden sind. Die Sozialdemokraten sollten es wissen, was Engels über die Wohnungsnot geschrieben hat. Dieses Problem ist überhaupt nicht innerhalb des Kapitalismus zu lösen, weil der Bauunternehmer nur dann baut, wenn das Geschäft ihm Profit bringt.

Das sind also Fragen, die überhaupt nicht gelöst werden können, wenn nicht die Arbeiter von sich aus eine Lösung finden. Und diese ist gegeben, wenn der Wohnungsbau vom kapitalistischen Profitinteresse losgelöst und zu einer Angelegenheit der Gemeinwirtschaft wird. Aber diese Gemeinwirtschaft wird durch den Kapitalismus verhindert, weshalb dieser beseitigt werden muß. Man macht also den Arbeitern hier durch diese Anträge nur blauen Dunst vor, um sie zu verträsten und um zu verhindern, daß sie zum Kampf übergehen.

Die Wohnungsnot könnte zu einem Teil gemildert werden, wenn alle Räume beschlagnahmt würden, die zu Wohnzwecken geeignet sind. Dazu soll man natürlich nicht die Schulen nehmen, um den Arbeiterkindern nicht die Möglichkeit der weiteren Ausbildung zu entziehen. Aber dazu gehören die Schlösser und Villen, deren Hergabe verweigert wird, dazu gehören die Kasernen; all das würde helfen, Arbeiterfamilien unterzubringen. Gewiß kann auch durch Baracken die Möglichkeit geschaffen werden, das Wohnungselend etwas zu mildern. Aber man soll den Arbeitern nicht einreden, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die Wohnungsnot überhaupt behoben werden kann. Die Wohnungsnot konnte schon in der Vorkriegszeit nicht behoben werden, geschweige denn jetzt, wo der Staat finanziell bankrott ist und nicht einmal die Mittel zur Verfügung stellen kann.

Ebenso ist die Arbeitslosigkeit durchaus keine Frage, die innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu lösen ist, weil auch für die Beschäftigung der Arbeiter nur der kapitalistische Profit — eine rentable Verwertung des Kapitals — entscheidend ist.

Auch die größte Not, wie sie durch Teuerung, Auswucherung der Bevölkerung und durch die Geldentwertung hervorgerufen wurde, ist nicht zu beheben durch Anträge, wie sie hiër und in

der vorausgegangenen Debatte zur Teuerung gestellt worden sind. Es müssen energische Maßnahmen durch die Arbeiterschaft selbst ergriffen werden. Die Beschlagnahme der Lebensmittel, der Anbauzwang für die Junker und Großgrundbesitzer oder, falls sie sich weigern, die Konfiskation ihres Grundbesitzes, eine systematische Herstellung von Arbeiterkleidung, alles das wären Maßnahmen, durch die man wenigstens vorübergehend der Not der Arbeiter ein wenig steuern könnte. Auch die Feststellung der Preise durch die Arbeiterorgane, durch die Gewerkschaften oder durch besonders dazu eingesetzte Körperschaften von Arbeitern und Angestellten, die Festsetzung der Preise entsprechend dem Einkommen der Arbeiter, Beamten und Angestellten, das wären Maßnahmen, die in Wirklichkeit geeignet wären, wenigstens ein wenig die Not des Proletariats zu mildern.

Aber zu allen diesen Maßnahmen greift weder die Regierung, noch tun es die Parlamente oder die Gewerkschaften. Es sind allein die Kommunisten, die den Arbeitern den Weg der Selbsthilfe zeigen, auf dem sie aus dem Elend herauskommen. Alles das, was hier in der Debatte gesagt worden ist zur Begründung der Anträge, redet weit vorbei an den eigentlichen Ursachen des Elends und an den wirklich zu seiner Behebung geeigneten Maßnahmen.

Wenn hier von dem Redner der Sozialdemokratie gesagt worden ist, die Regierung soll den Behörden und Unternehmern einen anderen Geist einflößen, ja, dann wendet sich der Redner an die Regierung, die Fleisch ist vom Fleische der Unternehmer und Fleisch vom Fleische der Behörden — wobei er noch ganz außer Betracht gelassen hat, zu erklären, was er unter dem andern Geist versteht. Seine Forderungen auf Schaffung von Siedlungen, Notwohnungen, Arbeitsvermittlung, Unterstützung sind alles Forderungen, von denen die Sozialdemokratie weiß, daß die Regierung sie nicht erfüllen kann. Die Sozialdemokratie kennt die Finanznot der Regierung. Sie weiß, daß die Regierung ernste Maßnahmen zur Beschaffung von Mitteln nicht ergreift, daß sie nicht da zufaßt, wo die Sachwerte vorhanden sind, sondern daß sie sich bei den Arbeitern an den zehnprozentigen Lohnabzug hält, daß sie den Kapitalisten zwei bis drei Jahre Zeit läßt, um ihre Steuern zu bezahlen, obgleich der Steuerbetrag dann nur noch die Hälfte

oder ein Drittel wert ist. Das alles wissen die Sozialdemokraten. Sie hätten Ursache, durch ihren Einfluß in der Regierung und im Parlament dafür zu sorgen, daß hier zugefaßt wird. Aber sie tun es nicht. Dazu haben sie nicht den Willen oder den Mut, sich mit solchen Maßnahmen ernstlich zu befassen. Was im übrigen von den beiden Regierungsvertretern hier gesagt worden ist, waren ebenfalls schöne aalglatte Worte. Sie trösten uns mit allen möglichen Maßnahmen; es sei schon sehr viel für die Oberschlesier getan worden. Wenn schon soviel getan ist und wenn die Not in Oberschlesien trotzdem noch so groß ist, wie groß wäre die Not geworden, wenn nicht dieses winzige getan worden wäre! Aber das, was getan worden ist, ist kein Ausgleich für das, was auf der anderen Seite in Oberschlesien mutwillig zerstört worden ist („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) durch die nationalistische Hetze, durch die Orgesch und durch die Freikorps, die von der Regierung nach Oberschlesien geschickt worden sind. Es müssen, wie ich schon sagte, wirklich ernste Maßnahmen zur Behebung der Not in Oberschlesien getroffen werden. Aber es wäre ein falscher Dienst, den man dem Proletariat leistet, wenn man es darauf vertröstete, daß Maßnahmen jemals getroffen werden durch dieses bürgerliche demokratische Parlament, das nur so lange bestehen wird, als es die Interessen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer wahrt. Würde das nicht mehr der Fall sein, dann wären diese Kreise die ersten, die dieses Parlament durch das Mittel der Gewalt zu beseitigen versuchten.

Wir sagen den Arbeitern deshalb: Verlaßt euch nicht auf das Parlament, helft euch selber; verlaßt euch auch nicht auf jene Partei- und Gewerkschaftsführer, die draußen im Lande mit allen möglichen Redensarten die Arbeiterschaft über die wirklichen Ursachen ihres Elends ebenfalls hinwegtäuschen wollen.

Die Arbeiter haben alle Ursache, eine Politik der Demagogie, eine Politik der Hinterhältigkeit auf das allerentschiedenste abzulehnen.

Alle diese Konflikte, die sich aus dem Gegensatz zwischen den Klasseninteressen des Proletariats und den Interessen der Bourgeoisie ergeben, spiegeln sich in der demagogischen Parteipolitik der Sozialdemokratie wider, die von der Angst diktiert wird, eine Regierungskrise herbeizuführen. Die Sozialdemokratie ist

materiell — ich meine das nicht in bezug auf persönliche Vorteile des einzelnen — so an die Koalitionspolitik und die Regierung gebunden, daß sie nicht mehr das Interesse der Arbeiter, sondern nur das Interesse der Körperschaften, denen sie infolge der Koalition angehört, glaubt wahrnehmen zu müssen. Man ist so weit gegangen, daß man die verantwortlichen Minister von der Parteidisziplin entbindet, daß sie nicht an die Parteibeschlüsse gebunden sind, sondern daß sie, losgelöst von der Partei, ungehindert Politik machen können.

Die Arbeiter müssen also — das wiederhole ich noch einmal — auch in Oberschlesien eine Politik der Täuschung ablehnen, und sie müssen sich selbständig zu helfen versuchen. Sie sind auch auf dem besten Wege dazu. Die Bewegung der Betriebsräte, die Kampagne zur Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses ist der Versuch der Arbeiter, sich aus dem Elend und der Not selbst zu befreien. Es ist charakteristisch, daß die so von der Sozialdemokratie und dem ADGB geächtete Betriebsrätebewegung und der Reichsbetriebsrätekongreß doch bereits einen solchen Einfluß ausgeübt haben, daß die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen hat, sich doch an dem Reichsbetriebsrätekongreß zu beteiligen. Immerhin ein Erfolg, der sicher nicht auf die Argumente der Kommunisten zurückzuführen ist, sondern auf den Druck der Massen, die im wachsenden Maße über die Not unzufrieden werden, unter der sie leiden. Und diese wachsende Unzufriedenheit der Massen ist es, die auch die Sozialdemokratie dazu treiben wird, sich von ihrer verhängnisvollen Koalition mit den Klassenfeinden des Proletariats loszulösen — oder sie wird jeden Anhang verlieren. Bei den Wahlen in Oberschlesien wird sich eine gute Gelegenheit auch für uns Kommunisten bieten, diese Notwendigkeit der geschlossenen Klassenfront des Proletariats den Arbeitern begreiflich zu machen.

Wir können sehen, daß die Arbeiter im wachsenden Maße Vertrauen zu den Kommunisten gewinnen. Die Wahlen in Braunschweig und in Thüringen bestätigen es, daß die Kommunistische Partei von Tag zu Tag mehr die politische Organisation des Proletariats wird. Die Vereinigung, wie sie sich zwischen der USPD und der SPD vollzogen hat, wird in keiner Weise geeignet sein, die Klassenfront des Proletariats irgendwie zu stärken; denn sie

ist nicht auf dem Boden der Klassenfront abgeschlossen worden, sondern auf dem Boden der Koalitionsfront, das heißt der Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, einer Koalition, die eine Front gegen die revolutionären Arbeiter, eine Front gegen die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft ist.

Das Proletariat wird, wenn es zur Erkenntnis nicht nur seiner Klassenlage, sondern auch der Notwendigkeit des Klassenkampfes und zur Ablehnung der Koalitionspolitik kommen wird, sich die wirkliche Einheitsfront schaffen können, mit der es der Arbeiterklasse möglich ist, die Regierung zu zwingen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Sie wird auch in der Lage sein, die Regierung zum Teufel zu jagen, wenn sie den Forderungen der Arbeiter nicht nachkommt. Sie wird an die Stelle der Koalitionsregierung eine Arbeiterregierung setzen, die sich auf die große Masse der Bevölkerung stützt, zu der auch die Kleinrentner, die kleinen Handwerker und alle diejenigen Schichten gehören, die infolge des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft ihren Betrieb nicht mehr aufrechterhalten können und als Lohnarbeiter gehen müssen.

Wir sagen den Arbeitern: Durch eine solche Einheitsfront wird es euch möglich sein, dem Kapitalismus und seiner verfallenden Wirtschaft die Entscheidungsschlacht zu liefern. Wir sagen den Arbeitern: Macht es so, wie eure russischen Arbeitsbrüder es gemacht haben. Stellt die einheitliche revolutionäre Front her, richtet die Macht des Proletariats auf!

Nun wird auf das „Elend“ Rußlands hingewiesen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Leinert, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich bitte Sie . . . (Zuruf bei den Kommunisten: „Wie gewöhnlich!“) sich an Oberschlesien zu halten. Sie sind schon zweimal darauf hingewiesen worden. Ich bitte Sie jetzt doch, da Rußland nicht in Oberschlesien liegt und nicht mit dem Gegenstande in Verbindung steht, auf Oberschlesien zurückzukommen.“

Ich bin zu diesen Ausführungen genötigt durch den Antragsteller oder Begründer des sozialdemokratischen Antrages, der

erklärt hat, die Arbeiterschaft soll sich weder durch „links“- noch durch „rechts“bolschewistische Kreise abhalten lassen, der Regierung Vertrauen zu schenken. Ich muß also in der Lage sein, den Unsinn, der in diesen Worten liegt, nachzuweisen. Ich muß ferner in der Lage sein, dem Proletariat in Oberschlesien zu zeigen, welchen Weg es gehen muß, um aus seinem Elend herauszukommen. Werde ich also verhindert, diese Ausführungen zu machen, so wird das oberschlesische Proletariat erkennen, daß man im Parlamente hier ihm nicht den Weg zeigen darf, den es gehen soll.

Wenn man also auf die Nöte und Schwierigkeiten hinweist, die das russische Proletariat nach dem Sturz des Zarismus und nach der Aufrichtung seiner Rätemacht gehabt hat, so sehen wir, daß sich jetzt dort die Lage der russischen Arbeiter bessert, während in Deutschland die Lage der Arbeiter sich verschlechtert unter der glorreichen demokratischen Republik und ihrer Koalitions-politik. Wir sehen, daß in Sowjetrußland die Geldentwertung des Rubels zurückgeht, während es in Deutschland umgekehrt ist. Wir sehen, daß die Rechte der Arbeiter in Sowjetrußland zusammengefaßt sind in ihrer Zentralgewalt, die sich rücksichtslos gegen alle Feinde der Revolution wendet. In Deutschland haben wir eine Zentralgewalt der Bourgeoisie, die ihre ganze Kraft gegen die Revolution richtet. Wir haben in Sowjetrußland Kapitalismus, den man wieder zugelassen hat, um ihn der proletarischen Rätemacht dienstbar zu machen^[9], und in Deutschland haben wir einen Kapitalismus, der den Staat beherrscht, den Staat, der nach dem Worte Dittmanns der Nachtwächter dieses Kapitalismus ist. Wir haben in Sowjetrußland eine Klassenjustiz gegen die Konterrevolution, wir haben in Deutschland eine Klassenjustiz gegen die Revolution.

Wollen also die oberschlesischen Arbeiter eine Lehre ziehen, wie sie aus dem Elend herauskommen können, in das sie durch nationalistische Verhetzung und kapitalistische Ausbeutung hineingekommen sind, dann müssen sie am Wahltage des 19. November nicht den Koalitionsparteien, nicht den Deutschnationalen, sondern den Kommunisten ihre Stimme geben. Allerdings wird dem schon tüchtig entgegengearbeitet durch den Wahlterror, der dort durch die Orgesch ausgeübt wird, namentlich

dadurch, daß man versucht, überall die Tätigkeit der Kommunisten möglichst zu erschweren, die Versammlungen der Kommunisten zu sprengen, um die Aufklärungsarbeit unmöglich zu machen.

Aber über diese Abstimmung am 19. November hinaus müssen die polnischen und die deutschen Arbeiter in Oberschlesien sich in einer revolutionären Klassenfront zusammenfinden, den Kampf gegen die Ursachen des Elends aufnehmen: Kampf den oberschlesischen Kohlen- und Industriemagnaten, Kampf der Arbeitszeitverlängerung, dem Überschichtenabkommen, den Junkern, der nationalistischen Hetze, der Orgesch, der Bojowka!

Es gilt einen Kampf gegen die Koalitionspolitik, um durch diesen Kampf eine Arbeiterregierung aus den Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzusetzen, um starke Kontrollorganisationen der Arbeiterschaft und die Bewaffnung der Arbeiter herbeizuführen. Die Waffen aus den Händen der konterrevolutionären Banden in die Hände der organisierten Arbeiterschaft, so wie es der Polizeiminister für Preußen im Bielefelder Abkommen^[10] versprochen hat! Das wird eine Sicherung sein gegen alle konterrevolutionären Überfälle und eine Maßnahme, um dem Elend zu Leibe zu gehen. Kampf der Erfüllungspolitik! Die Wiedergutmachung dessen, was der Krieg an Schaden verursacht hat, ist nur eine Angelegenheit der Arbeiter, der Arbeiter aller Länder. Nur die Arbeiterschaft kann gutmachen, was der Krieg an Schäden herbeigeführt hat. Nicht aber kann dies die kapitalistische Erfüllungspolitik, die kapitalistische Wiedergutmachung, bei der sich die Kapitalisten bereichern, bei der sie sich von vornherein Prozente vom Staate ausbedingen. Die preisgegebene II. Internationale der Resolutionen und Worte wird durch die rote Internationale der Tat ersetzt werden. Nur eine Zusammenarbeit der Proletarier aller Länder kann dies, nachdem die Proletarier alle Kapitalisten beseitigt, ihnen die Macht entrissen und sie gezwungen haben, wirklich nützliche Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten.

Wir sind bestrebt, zu verhindern, daß der Leidensweg des Proletariats noch verlängert wird, und bemühen uns, ihn abzukürzen. Deshalb sagen wir den Arbeitern: Nicht das Parlament, nicht

die bürgerlichen Parteien können euch helfen; nur ihr selber könnt euch helfen; eure Befreiung muß euer Werk sein. Das, was die Sozialdemokratie früher gesagt hat, rufen wir heute den Arbeitern zu: Befreit euch selbst aus den Ketten, in denen ihr euch befindet. Wir sagen: Deutsche und polnische Arbeiter, scharf euch zusammen, bildet eine Front und laßt allen nationalistischen Haß beiseite; scharf euch um das Banner der Revolution, und dieses Banner der Revolution ist das Banner der Kommunistischen Internationale. Nur in diesem Zeichen werdet ihr siegen!

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode, 1. Tagung“, 9. Bd.

Bekämpft den Faschismus, die Hoffnung der internationalen Reaktion!

*Rede zur Großen Anfrage im Preußischen Landtag¹
24. November 1922*

Wenn wir Kommunisten an die Regierung die Anfrage² stellen, was sie gegen einen drohenden Rechtsputsch zu unternehmen gedenkt, so geben wir uns nicht der Illusion hin — noch wollen wir sie bei andern erwecken —, diese Regierung habe sowohl im Lande als auch im Reiche den Willen und die Kraft, überhaupt etwas gegen die Konterrevolution zu unternehmen, noch auch nur den Willen und die Kraft, das Gesetz zum Schutze der Republik ernstlich gegen die rechtsgerichteten monarchistischen Kreise, Mord- und Faschistenbanden anzuwenden. Die einzelnen Verbote, die vom Ministerium des Innern ergangen sind, berühren diese Mörderbanden sehr wenig. Sie lachen darüber, weil sie wissen, daß sie in ihren Schlupfwinkeln in Deutschland genügend gesichert sind, daß dorthin weder der Arm des Ministers des In-

¹ Die Große Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion über einen drohenden Rechtsputsch war mit einer Großen Anfrage der Deutschnationalen gekoppelt worden, worin scheinheilig über eine angebliche Terrorisierung deutschnational gesinnter Arbeiter geklagt wurde. Die Absicht, die wuchtige Anklage Wilhelm Piecks wirkungslos zu machen, mißlang völlig. Das äußerst dürftige Material, das der deutschnationale Redner vorzubringen vermochte, betraf kaum ein Dutzend Fälle, wo freche deutschnationale Provokateure die gebührende Abfuhr erhalten hatten.

Der preußische Innenminister Severing vermochte auf die Rede Wilhelm Piecks nur mit Wiederholung seiner bereits entlarvten Argumente zu antworten. *Die Red.*

² Als Große Anfrage wird die Anfrage einer Fraktion an die Regierung über eine bedeutsame Angelegenheit bezeichnet, die nicht bereits zur Verhandlung vorgesehen ist. Sie wird zur Verhandlung gestellt, sobald sich die Regierung zur Beantwortung bereit erklärt. Als Kleine Anfrage wird die Anfrage über weniger bedeutsame Angelegenheiten bezeichnet. Auf sie kann die Regierung schriftliche Antwort erteilen. *Die Red.*

nern in Preußen noch des Reichsministers des Innern reicht. Sie haben ihre Schlupfwinkel nicht nur in Bayern, sondern auch in Preußen und in den übrigen Bundesstaaten. Sie verstehen es, all den Maßnahmen, die hier und dort von den Ministern gegen diese Mörderbanden ergriffen werden, stets eine Nase zu drehen.

Es ist schließlich auch so, daß die Regierungen in Preußen wie im Reiche selbst die Konterrevolution sind („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.), daß es diese erbärmliche und jämmerliche Koalitionspolitik ist, an der auch die VSPD ihren gerüttelten Anteil hat. Sie hat dazu beigetragen, den Mordbanden in Deutschland Mut zu machen und die revolutionären Arbeiterschichten, die die einzige Gewähr für die Unterdrückung dieser Mordbanden sind, niederzuhalten, ja niederzuschlagen.

Wenn wir Kommunisten trotzdem diese Anfrage an die Regierung richten, so deshalb, um auch von dieser Tribüne aus die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit, insbesondere die der Arbeiterschaft, auf die Gefahr zu lenken, die ihr von der Konterrevolution droht, wenn nicht die Arbeiterschaft selbst ernstliche Maßnahmen gegen die Gefahr trifft.

Infolge des Sieges, den die italienischen Faschisten errungen haben, werden in Deutschland von den konterrevolutionären Organisationen ganz offene Versuche gemacht, einen erneuten gewaltsamen Vorstoß, ähnlich dem des Kapp-Putsches, zu unternehmen. Die Vorgänge in Bayern, in Ostpreußen und im Rheinland lassen deutlich die Absicht erkennen, daß man diesmal nicht den Putsch vom Zentrum des Reiches, von Berlin, sondern von der Peripherie des Reiches strategisch angelegt nach dem Mittelpunkt des Reiches unternehmen will. Hatten die bayrischen Führer der Faschistenbewegung den 11. November als den Tag der Erhebung in Aussicht genommen, so hat man den Tag nochmals verschoben, weil, nach den Worten des bayrischen Professors Bauer auf dem Festabend der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns, am 9. November die Zeit für den großen Schlag noch nicht für gekommen erachtet wurde. Aber es sollte in dem bisherigen Sinne weitergearbeitet werden.

Es besteht also kein Zweifel, daß starke Kräfte in Deutschland am Werke sind, um einen solchen großen Schlag vorzubereiten. Man will die Arbeiterschaft einschüchtern und sie durch ein gro-

ßes Blutbad schwächen, um sie dann den Wünschen und dem Willen der Großindustriellen, der Stinnes, Klöckner und Thyssen, gefügig zu machen.

Natürlich ist diesen Großindustriellen die Einschüchterung der Arbeiter lieber als ein Blutbad, weil sie über den Ausgang eines solchen Blutbades doch nicht so sicher sind. Der Kapp-Putsch hat ihnen eine kleine Lehre gegeben, daß, trotz ihrer sonstigen Zersplitterung, die Arbeiterschaft in Zeiten der Gefahr doch geschlossen zusammensteht und es versteht, solche Anschläge auf das Leben der Arbeiter in wirksamer Weise abzuwehren. Weil eben den Großindustriellen, die hinter allen diesen konterrevolutionären Organisationen als Finanziere stehen, Einschüchterung lieber ist, deshalb auch das große Geschrei über die Gefahr solcher faschistischen Aufstände in Deutschland. Es könnte auf den ersten Blick als ein Widerspruch erscheinen, daß gerade diese Kreise, die die Geldgeber der faschistischen Aufstände sind, so großes Geschrei über die Gefahr dieser Aufstände machen. Aber in diesem Zusammenhange wird es wohl verständlich, weil sie durch dieses Geschrei die Arbeiterschaft ablenken wollen von dem Kampfe, den die Arbeiterschaft notwendigerweise führen muß gegen die Versuche, ihnen die Arbeitszeit zu verlängern, Arbeiter- und Beamtenentlassungen in großem Umfange vorzunehmen. Die Arbeiterschaft soll nur eingeschüchtert werden, damit sie es nicht wagt, diesen wirtschaftlich notwendigen Kampf mit aller Energie aufzunehmen.

Wenn demgegenüber die Kommunisten den Arbeitern die Gefahr eines faschistischen Aufstandes und seines Zusammenhanges mit den Plänen von Stinnes, mit der an die Reparationskommission gerichteten Note zeigen, so nicht etwa, um die Arbeiterschaft bange zu machen vor den Faschisten, um sie von der Notwendigkeit eines gesteigerten Abwehrkampfes gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung und gegen die Verkümmern der Rechte der Arbeiterschaft abzulenken, sondern im Gegenteil, um sie zu größerer Kraftentfaltung gegen diese Gefahr auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete anzuspornen. („Sehr gut!“ links.)

Wir Kommunisten verkennen nicht den Unterschied, der zwischen dem italienischen Faschismus und seiner deutschen Abart

besteht. Wir wissen auch, daß es in Deutschland den Hitler- und Ehrhardt-Banden nicht so leicht werden wird wie den Faschisten in Italien, die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Aber darin gleicht sich doch die Bewegung in Deutschland mit der von Italien, daß sie hier wie dort von den Großindustriellen finanziell unterhalten wird und daß sie hier wie dort Zuzug aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erhält, die aus Enttäuschung und Verzweiflung über die bisherige Regierungspolitik sich jedem Abenteurer in die Arme werfen, der ihnen einen Ausweg aus ihrem Elend verspricht. Diese Kreise haben nie das Vertrauen zu der mühseligen Organisations- und Verteidigungsarbeit der Arbeiterorganisationen besessen, sie sind in ihren Hoffnungen auf die Versprechungen, die ihnen von den verschiedensten Parteien gemacht worden sind, so oft betrogen worden, daß sie jedes Vertrauen zu den politischen Parteien verloren haben und deshalb dem politischen und kriminellen Banditentum anheimfallen. Dazu kommt noch die mit allem Vorbedacht betriebene Hetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, insbesondere gegen die Kommunisten. Sie werden verleumdet, Schuld zu tragen an dem wachsenden Elend, an der wachsenden Existenzunsicherheit und den Unruhen im Staats- und Wirtschaftsleben, die wegen der Not ausbrechen, und schuld zu sein an den Streiks um Lohnerhöhungen. Durch diese Anlässe entsteht bei vielen Arbeitern und Angestellten die Stimmung, die sie dem Faschismus in die Arme treibt, so entsteht die Schutzgarde der Industriekapitalisten. Sehen Sie sich das Programm an, das die Nationalsozialistische Arbeiterpartei oder wie sie jetzt, nachdem sie in Preußen verboten worden ist, umgetauft ist, die Großdeutsche Arbeiterpartei, aufgestellt hat. Da werden Sie bestätigt finden, was ich in meiner kurzen Charakterisierung der Ursachen gesagt habe, aus denen die Faschistenbewegung ihren Anhang schöpft.

Daß die Bourgeoisie alles tut, diese Bewegung zu fördern und über sie möglichst Unklarheit zu verbreiten, ist verständlich; aber daß sich auch sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer finden, die diese Bewegung fördern, ist schon weniger verständlich. In Bayern haben es allerdings die Führer der VSPD bereits sehr mit der Angst bekommen, weil sie dort am eigenen Leibe

und am eigenen Gute das Wirken der Geister verspüren, die sie selbst gerufen haben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Trotzdem versucht die VSPD immer noch, die Arbeiterschaft über die Ursachen und den Charakter dieser konterrevolutionären Bewegung zu täuschen und sie dadurch unfähig zu machen, die Abwehrmittel zu ergreifen, die einzig einen Erfolg ermöglichen. Dazu genügt nicht etwa, daß man den Hitler-Garden in Bayern die Auer-Garden gegenüberstellt, die wegen ihrer mangelhaften Bewaffnung bei einem ernstlichen Zusammenstoß mit den Hitler-Garden die meisten Opfer werden bringen müssen, sondern um es den Hitler-Garden und der Faschistenbewegung in Deutschland wirklich unmöglich zu machen, ein Blutbad unter den Arbeitern anzurichten, ist die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterschaft notwendig. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ihre Herbeiführung wird aber fortgesetzt durch die Führer der Gewerkschaften und der VSPD, durch die maßlose Hetze und Verleumdung, die sie gegen die Kommunistische Partei ausüben, verhindert.

Bei den bürgerlichen Zeitungen weiß man nicht immer, ob es Dummheit, Bosheit oder Verlogenheit oder alles drei zusammen ist, wenn sie über die Ursachen der faschistischen Bewegung das unsinnigste Zeug zusammenschreiben; so zum Beispiel, wenn Herr von Gerlach in seinem üblichen Montagsgeschwätz vor einigen Wochen erklärt hat, die italienische Faschistenbewegung sei durch das Treiben der Kommunisten, durch ihre Fabrikbesetzungen usw. entstanden. („Sehr richtig!“ rechts.) Damit beweist Herr von Gerlach und auch alle, die „Sehr richtig!“ rufen, daß sie entweder in völliger Unkenntnis über die Ursachen sind oder so verlogen, daß sie nicht einmal die ihnen bekannten Tatsachen anerkennen wollen. Ebenso unwahr ist es, wenn gesagt wird, daß die Urheber der Faschistenbewegung letzten Endes in Moskau zu suchen seien und daß Mussolini und Lenin sich gegenseitig ergänzten. Dahin gehört auch das Geschwätz von dem „Rechts“- und „Links“-bolschewismus. Alles ist darauf eingestellt, die wahren Ursachen dieser Bewegung zu verschleiern. Wenn das die Großindustriellen tun, so ist es verständlich; denn sie haben ein Interesse daran, die Arbeiterschaft kampfunfähig zu machen. Wenn es aber von Arbeitervertretern geschieht, so ist das verbreche-

risch an der Arbeiterschaft gehandelt. Alles Geschrei der VSPD in Bayern ändert nichts an der Tatsache, daß sie die wirksamsten Unterstützer dieser konterrevolutionären Bewegung sind.

Der Faschismus bildet sich unverkennbar zu einer internationalen Erscheinung aus. Er fand allerdings in Italien einen besonders günstigen Boden. Es war nicht die Spaltung der sozialdemokratischen Partei in Italien, es waren nicht die Fabrikbesetzungen, die im Sommer 1920 stattfanden, die etwa den Faschismus hervorgerufen haben. Nein, die Entstehung und Ausbreitung der Faschistenbewegung ist aus den gleichen Ursachen erfolgt, aus denen sowohl die Fabrikbesetzungen als auch die Spaltung der sozialdemokratischen Partei in Italien hervorgegangen sind. Sie sind hervorgegangen aus der Zerrüttung des Wirtschafts- und Staatslebens — wie sie durch den Weltkrieg auch in Italien hervorgerufen worden ist —, unter der besonders die Arbeiter, die Beamten, die Angestellten, die ländliche Bevölkerung am allermeisten zu leiden haben. Es war die Enttäuschung, die die Arbeiter nach Schluß des Krieges erlebten. Ihnen war von den Kriegshetzern und von den Großindustriellen versprochen worden, daß der Krieg auch den italienischen Arbeitern große Erfolge bringen würde. Gerade der sozialdemokratische Renegat Mussolini war es doch, der sich von der Entente kaufen und sich von ihr ein Blatt einrichten ließ, um durch seine Kriegshetze die italienischen Arbeiter in den Krieg hineinzutreiben. Er hatte den Erfolg, daß im Frühjahr 1915 der Krieg von der italienischen Regierung erklärt wurde. Es waren die schlecht bezahlten Soldaten, die nach dem Kriege ohne Arbeit und Einkommen waren, die sich dem Faschismus in die Arme warfen. Es war die schwächliche Haltung der Regierung, es war die verräterische Politik, die von den sozialdemokratischen Führern und Gewerkschaften betrieben worden ist. Alle diese Gründe waren es, die die Kraft der Unternehmer steigerten und die den von ihnen unterhaltenen Faschistenorganisationen die Anhänger zutrieben, an deren Spitze sogar Generale der italienischen Reichswehr stehen. Die Ursachen der italienischen Faschistenbewegung, die noch mannigfacherer Art sind, werden dadurch vollkommen verschoben, wenn man die Dinge so darstellt, als sei diese Bewegung lediglich eine Reaktion auf die revolutionäre Bewegung. Das ist eine

sehr billige Erklärung. Damit könnte man schließlich jede revolutionäre Bewegung ablehnen, weil sie notwendigerweise konterrevolutionäre Erscheinungen auslösen wird. Wenn die Sozialdemokraten — die in ihren Zeitungen ebenso wie Herr von Gerlach versuchen, die Entstehung der Faschistenbewegung auf die Kommunisten abzuwälzen — ein wenig die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung nach dem Kriege studierten, würden sie finden, daß gerade die Fabrikbesetzungen, auf die sie die Entstehung des Faschismus zurückführen, durch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer hervorgerufen worden sind. Denn der Anlaß zu den Fabrikbesetzungen war doch lediglich die Tatsache, daß die italienischen Gewerkschaftsführer einem ernststen Lohnkampf der italienischen Metallarbeiter dadurch ausweichen wollten, daß sie den Arbeitern an Stelle eines allgemeinen Generalstreiks die Sabotage in den Fabriken empfahlen. Und als daraufhin die Unternehmer kurzerhand die Betriebe schlossen, waren die Gewerkschaftsführer mit der Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter einverstanden. Nur sagten sie ihnen: Ihr müßt aber nach wie vor für die Kapitalisten weiterarbeiten. Damit waren allerdings die Arbeiter nicht einverstanden, sie haben sich in den Fabriken bewaffnet, um die Fabriken gegen die Angriffe zu schützen. Durch diese Konflikte sind dann die großen weiteren Zusammenstöße hervorgerufen worden. Als dieser Kampf infolge der Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer zu einem wirklich ernststen politischen Kampf im ganzen Reich zu werden drohte, da haben die Gewerkschaftsführer die Arbeiter elendiglich verraten. Sie haben gedroht, ihre Funktionen niederzulegen, wenn die Arbeiter nicht die Fabriken freigeben und wenn sie nicht ihre Waffen wieder hergeben. Es war eine der schmachlichsten Verrätereien, die von den Sozialdemokraten in allen Ländern jemals an der Arbeiterschaft begangen worden sind. Aus dieser Enttäuschung, aus dieser Empörung ist zu erklären, warum in Italien soviel Arbeiter das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren haben. So ist indirekt die Sozialdemokratie in Italien mitverantwortlich für das Anwachsen der Faschistenbewegung. Die Unterstützung der Faschistenbewegung ist sogar so weit gegangen, daß die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer Bündnisse mit

den Faschisten abgeschlossen haben. („Hört! Hört!“) Also wenn diese Herrschaften etwa den Arbeitern erzählen wollen, daß die Ursache der Faschistenbewegung bei den Kommunisten zu suchen sei — so sagen wir ihnen, daß sie wider besseres Wissen Behauptungen aufstellen, nur um ihr schmähhches Verhalten, um ihre Verrätereien zu verschleiern.

Doch was uns viel näher liegt, ist die Faschistenbewegung in Deutschland, und da ist nicht zu verkennen, daß von Italien aus von den italienischen Faschisten alle Anstrengungen gemacht werden, um diese Bewegung auch nach andern Ländern zu übertragen, und daß sie besonders Deutschland als das Land betrachten, in dem sie noch am ehesten das gleiche Werk vollbringen können, das sie in Italien vollbracht haben.

Ich möchte aber noch darauf verweisen, daß es nicht zuviel gesagt ist, wenn ich behauptet habe, daß hinter dieser Bewegung das großindustrielle Kapital steht, das sich in der Faschistenbewegung die Schutzorganisation schaffen will, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Das hat der italienische Stinnes, der Senator Conti — der außerdem Vorsitzender des Zentralkomitees der italienischen Industriellen ist und an der Spitze eines Industriekonzerns steht, dessen Sachwerte 12 Milliarden betragen — sehr deutlich ausgesprochen. Der Mann hat erklärt:

Unsere Freude, als am politischen Horizont der Faschismus erschien, war sehr groß. Die Schwerindustrie hat sofort begriffen, daß er die einzige Kraft ist, die uns vor dem Bolschewismus retten kann. Wir haben unbegrenztes Vertrauen zu Mussolini. Nur durch die Verwirklichung seines Programms kann Italien wieder aufgebaut und erneuert werden. Er allein besitzt die Energie, die vor allem zur Durchführung der notwendigen Ersparungsmaßnahmen erforderlich ist. Das sind vor allen Dingen die Übergabe des Telefons und der Eisenbahnen an das Privatkapital. („Hört! Hört!“) Vorher müssen aber bei den Eisenbahnen gewisse Reformen durchgeführt werden. Mussolini wird auch stark genug sein, die überflüssigen 40 000 Eisenbahner zu entlassen. („Hört! Hört!“) Er wird auch das Steuersystem radikal ändern, um unter anderem auch den Großgrundbesitz zu besteuern, der neben den furchtbaren Lasten der Industrie noch immer

Steuerfreiheit genießt. Anfangs haben uns die gewerkschaftlichen Tendenzen des Faschismus gewissermaßen beunruhigt. Wir sind auch gerne zu großen materiellen Opfern zugunsten der Faschisten bereit („Sehr richtig!“), wenn wir nur dessen sicher sind, daß ihre Organisationen nicht die ausschließlichen Interessen einer einzigen Klasse, sondern vielmehr die der Nation ins Auge fassen.

Nun, was die Großindustriellen unter Nation verstehen, haben wir in Deutschland zur Genüge kennengelernt. Es gibt für sie nur eine Nation, das sind die Großindustriellen mit ihrem Profitinteresse. So beurteilen die Großindustriellen die Nation, und die Agrarier betrachten die Nation von ihrem Interesse aus. Aber in die Nation sind nach ihrem Begriffsvermögen niemals eingeschlossen die Arbeiter, sobald sie rebellisch werden, wenn sie allzusehr ausgebeutet werden. Ich will mich mit diesem kurzen Nachweis begnügen, wie in Italien die Großindustriellen diese Bewegung benutzen, um ihre Profitinteressen gegen die Arbeiter zu schützen. Wir sind überzeugt, daß der Stern Mussolinis bei der großen Masse seiner Anhänger, die ihm zum Ministerpräsidenten verholfen haben, sehr bald erbleichen wird. Der Sieg des Faschismus in Italien, in Gestalt des Ministerpräsidenten Mussolini, wird den Arbeitern kein Brot bringen, wird die Teuerung nicht aufhalten, sondern wird auch dort das Stinnes-Programm mit Arbeitszeitverlängerung und Arbeiterentlassungen durchführen und so die Lebenshaltung der Arbeiter außerordentlich herabdrücken. Das wird große Ernüchterung in den Kreisen schaffen, denen Mussolini mit seinen Versprechungen große Hoffnungen auf den Faschismus erweckt hat.

Der Faschismus ist die Hoffnung der internationalen Reaktion, und Mussolini fühlt sich als ihr Napoleon. Sein Augenmerk hat er zunächst auf Deutschland gerichtet. Sein Werk fortzusetzen, war er bereits Ende Juli in Deutschland, um die Wünsche der Großindustriellen kennenzulernen.

Aber es ist nicht allein bei dieser Visite dieses Banditenhäuptlings geblieben. Er hat auch seine Vertreter nach Deutschland geschickt. So ist Anfang Oktober der Faschistengeneral Capello ebenfalls nach Berlin gekommen und hat einen ganzen Monat

in Neubabelsberg gewohnt, um hier mit den Offizieren der Reichswehr und mit den in Deutschland sich aufhaltenden russischen Monarchisten fast tagtäglich Zusammenkünfte abzuhalten. Daß sie sich dabei nicht über das Wetter unterhalten haben, sondern über die konterrevolutionären Pläne — die nicht nur dahin gehen, die Arbeiterschaft niederzuschlagen, sondern das bestehende Staatsregime auch in Deutschland zu ändern und die alte Monarchie wieder einzuführen — liegt auf der Hand. Zweimal ist diesem Faschistengeneral von den Offizieren sogar ein Festbankett gegeben worden, auf dem er in französischer Sprache die Absichten und Ziele des Faschismus dargelegt hat und den Faschismus als die einzige Rettung vor Bolschewismus und Judentum bezeichnet hat. Es ist überhaupt charakteristisch, daß der Faschismus, diese konterrevolutionäre Bewegung, zwei Schlagworte scharf hervortreten läßt, nämlich: „Gegen den Bolschewismus“ und „Gegen das Judentum“. Mit diesen Schlagworten versucht man, die Bevölkerung über die wahren Absichten der Faschistenbewegung zu täuschen.

Deutschland, insbesondere Bayern, ist immer mehr zum Tummelplatz aller internationalen, vor allem der russischen Konterrevolutionäre geworden. Sie können sich hier unbehelligt bewegen und den Kampf um die Wiederaufrichtung der Monarchie organisieren. Die Regierungen und Polizeibehörden wissen davon nichts. Wenn die Kommunisten in ihren Zeitungen über solche Vorgänge schreiben, dann genügt das nicht, um ein Eingreifen der Behörden herbeizuführen. Man verlangt von den Kommunisten das authentische Material und die Angabe der Quellen, erst dann will man sich näher mit den Angaben befassen. Wir sind aber überzeugt, daß die Regierung und die Behörden sehr wohl Bescheid wissen, daß die Angaben der Kommunisten zutreffen, daß in den Behörden Leute sind, die sogar Teilnehmer dieser Veranstaltungen und Mitglieder dieser Organisationen sind, und daß die Behörden sehr wohl in der Lage wären, eine genaue Kontrolle über diese Vorgänge auszuüben. Aber die Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung und in den Behörden sind „gutmütig“. Sie betrachten diese Leute als „recht harmlose Gestalten“, denen man doch, weil sie vom Bolschewismus aus Rußland vertrieben sind, ein Asyl gewähren müsse.

Nun, die Aufdeckung der Geheimorganisation „Rächende Hand“ in Altona hat doch wohl ein wenig Einblick in das Treiben dieser Leute gewährt, die hier von den Deutschnationalen unterstützt und in Arbeit gebracht werden, und mit denen sie andauernd Zusammenkünfte abhalten, um ihre gemeinsamen Wünsche und Ziele zu verwirklichen.

Demgegenüber sehen wir aber, daß die Regierung und die Behörden sehr hellhörig und sehr argwöhnisch gegenüber kommunistischen Ausländern sind, die ihre Tätigkeit ganz öffentlich ausüben — sei es als Redakteure der „Roten Fahne“ oder anderer kommunistischer Zeitungen —, wo man ihre Tätigkeit doch jeden Tag kontrollieren kann. Da ist die Regierung sehr scharf. Diese Leute werden ohne weiteres ausgewiesen. Wenn die Regierung solche Maßnahmen zurücknehmen soll, dann versteckt sie sich hinter dem Widerspruch der Rechtsparteien, die es nicht verstehen würden, daß zum Beispiel ein ausländischer kommunistischer Chefredakteur der „Roten Fahne“ in Deutschland geduldet wird. Oh, die Regierung ist sehr rücksichtsvoll gegenüber den konterrevolutionären rechtsgerichteten Kreisen, da wagt sie nicht zuzugreifen, da soll erst ganz authentisches Material vorliegen. Ich will nur an die Zirkus-Busch-Vorgänge^[11] erinnern, wo tatsächlich vom Polizeipräsidium Berlin alles unterlassen worden ist, was hätte geschehen müssen, um die Zusammenstöße überhaupt zu vermeiden.

Die Konterrevolutionäre in Deutschland halten sich meistens in Bayern auf, wo die Reichsregierung „nix tau seggen“ hat, wo man schließlich wohl noch Erklärungen vom Reichspräsidenten entgegennimmt, sich aber über diese Erklärungen lustig macht, und wo man den Ministerpräsidenten, der sich auf die Erklärungen eingelassen, zum Teufel gejagt hat. In Bayern ist der Hort jener faschistischen Mörderbanden, die rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft auftreten, die wohlorganisiert und bewaffnet Hetzversammlungen veranstalten oder in Arbeiterversammlungen eindringen und die Arbeiter verprügeln — und wo ihnen für diese Raubzüge von der Regierung noch Extrazüge gestellt werden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) In Bayern finden auch die internationalen Konferenzen statt, die von den Monarchisten aller Länder beschickt werden. So hat dort Mitte Septem-

ber eine internationale Monarchistenkonferenz stattgefunden, an der die Monarchisten aus Rußland, Ungarn, Deutschland, Bayern, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Frankreich und Jugoslawien teilgenommen haben. Dort hat man sich genau über die Maßnahmen verständigt, durch die man in allen diesen Ländern wieder rückgängig machen will, was durch den Krieg und die revolutionäre Bewegung herbeigeführt worden ist. In Bayern ist auch die Freistadt all der Mörder und Hochverräter, die in den übrigen Bundesstaaten verfolgt werden. Dort werden ihnen von den Polizeipräsidenten falsche Pässe ausgestellt, damit sie ins Ausland gehen können, dort werden die Fäden gesponnen für die Loslösung Bayerns vom Reiche, dort werden die Versuche unternommen, das Deutsche Reich in Konflikte mit der Entente hineinzutreiben. Das sind diejenigen Kreise, die in engstem Zusammenhange stehen mit den Parteien, die in den Parlamenten auf der rechten Seite sitzen. Diese sind zwar krampfhaft bemüht, ihre unmittelbaren Beziehungen mit diesen Kreisen zu verschleiern, aber bei jeder ernsten Prüfung kommt doch zum Ausdruck, welche innigen Beziehungen zwischen ihnen und diesen mörderischen Faschistenbanden bestehen.

Auch die konterrevolutionäre Bewegung in Bayern wird so zu erklären versucht: Daran tragen die Kommunisten Schuld. Natürlich, alles was Unangenehmes zwischen Himmel und Erde passiert, daran sind die Kommunisten schuld! Alles sollen die Kommunisten hervorgerufen haben; andererseits werden sie wieder als ein so kleines Häuflein hingestellt, das ganz unbedeutend und gar nicht zu beachten sei, das fortgesetzt seinen Anhang verliere. Bald so, bald so, je nachdem wie man es braucht, um die Arbeiterschaft zu täuschen und sie abzuhalten, einen wirklich energischen Kampf zu führen.

Die bayrische Faschistenbewegung ist nicht etwa das Resultat der Münchner Räterepublik, wie es behauptet wird. Wenn es so wäre, brauchten wir Kommunisten es nicht zu bestreiten. Denn nicht die Kommunisten waren die Urheber der Münchner Räterepublik. Ich will das Kapitel der Münchner Räterepublik nicht in seiner ganzen Breite aufrollen, weil es nur in losem Zusammenhange mit der Anfrage steht. Aber auf die eine Tatsache möchte ich doch hinweisen: Die Münchner Räterepublik ist aus-

gerufen worden von den Führern der Sozialdemokratie, der Unabhängigen und der Anarchisten. Die Kommunisten haben sich bis zuletzt geweigert, dieses Spiel, wie es bei der Ausrufung getrieben worden ist, zu unterstützen. Als jedoch die Weißen Garden vor den Toren Münchens standen, waren die Kommunisten entschlossen, der Arbeiterschaft in der Verteidigung gegen diese Weißen Garden zur Seite zu stehen.^[12] Die Parteiführer der Unabhängigen haben es verstanden, die Mitglieder des Arbeiterrates so zu verhetzen, daß sie die Kommunisten wieder aus der Räteregierung entfernten. Es waren nur noch die Unabhängigen beteiligt. So ist die Münchner Räterepublik, die unter der Führung der SPD und der USPD entstanden ist, auch unter der Führung der USPD zugrunde gegangen. Allerdings, die Kommunisten bildeten die Mehrheit der Roten Armee, sie haben die Opfer gebracht in den Kämpfen gegen die von den Sozialdemokratengerufenen und von Noske geschickten Weißen Garden und in dem mörderischen Gemetzel, das diese Weißen Garden in den Mauern Münchens veranstaltet haben. Ich erinnere an diese Schuld der SPD und USPD, weil sie immer wieder versuchen, für alles die Kommunisten verantwortlich zu machen. Dort, wo man sich scheut, einen wirklich ernsten Kampf zu führen und die Arbeiterschaft geschlossen auf diesen Kampf einzustellen, wird immer wieder versucht, durch solche Quertreibereien diese geschlossene Front der Arbeiter zu hindern.

In Bayern sind alle die Elemente zusammengekommen, die die konterrevolutionären Organisationen gebildet haben und die von Bayern aus ihre Streifzüge über das ganze Reich machen. Dort ist auch der Gründungsherd dieser sogenannten Arbeiterpartei, das heißt der Nationalsozialistischen Partei oder der Großdeutschen Arbeiterpartei. In dem Programm kommt das voll und ganz zum Ausdruck, was ich schon zur Charakterisierung der Faschistenbewegung gesagt habe. Darin wird gesagt:

Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

Die Leute sind sehr schnell fertig mit ihrem Urteil über den Staatsbürger, aber das Geld der Juden nehmen sie doch; denn